bisherige Bedeutung im Sinne sparsamerer Wirtschaftlichkeit beschränkt, sondern eine planmäßige Revolutionierung aller Produktionsmittel und -methoden ist. Dieser Kampf um die Erweiterung der Produktion und der Kampf des Imperialismus um die Erweiterung der Konsumtion schafft einen Zustand, der der denkbar größte Gegensatz zu einer Stabilität im Sinne der Weiterexistenz auf gleichbleibender Stufe ist.

Damit kommen wir zur Diskussion über die Taktik. Wie wir es zurückweisen müssen, aus Angst vor reformistischen Abwegen zum Arsenal metaphysischer Rühle-Pfempfert-Theorien zu greifen, genau so muß es abgelehnt werden, zwecks Verhütung klassenkampffeiger Tendenzen mit der schädlichen Stabilisierungsgesellschaft zu kommen. In beiden Fällen haben wir wohl bessere Argumente zur Hand. Es zeigt sich immer mehr, daß der Kampf des Marxismus um die revolutionäre Linie ein Kampf auf mehreren Fronten zugleich ist. Das sieht man auch bei der Debatte über die Art und Weise des Eingreifens der Union in die Wirtschaftskämpfe. Danebengehauen erscheint hingegen die Fragestellung, wie und ob wir Wirtschaftskämpfe auslösen sollen. Erst in zweiter Linie ist es wichtig, wer sie auslöst. An erster Stelle ist wichtig, wer sie weiterführt, und wie er sie weiterführt. Hier müßte die Diskussion beginnen, falls wir heute vom Himmel gefallen kämen, aber nicht im 10. Jahre der Existenz. Richtung, Inhalt, Ziel und Mittel dieser Kämpfe: daraus kommt es an. Und die „Taktik" wird bestimmt von den programmatischen Grundsätzen sowohl wie von den technisch-physischen Möglichkeiten. Erstere stehen fest und dürfen nicht „beweglich" gemacht werden und es wird hoffentlich kein Genosse an etwas derartiges denken. Eine Diskussion über die Taktik erscheint daher nur vom zweiten Punkt aus fruchtbar.

Mit obigen Feststellungen sei keiner Spontanitätsillusion das Wort geredet, oder daß wir nun alle Kampfproklamierungen des „andern" überlassen müssen. Wie oft hat man schon Arbeiter selbst handeln gesehen! War aber keine wirklich revolutionäre Führung und kein solcher Inhalt dieser Aktionen da, der sie hätte über den engeren Rahmen hinausbringen können, so war auch die schönste Selbsthandlung für die Katz. Wenn wir uns dessen bewußt werden, daß der Klassenkampf weder durch vorbereiteten Beschluß noch durch Spontanität und deren verursacht wird, sondern **durch den Gegensatz von Arbeit und Kapital**, so drängt sich gerade deswegen **die Notwendigkeit** in den Vordergrund, **diese Kämpfe nach ihrer machtpolitischen Richtung und ihrem Inhalt zu beeinflussen.** Es ist nicht zu verwundern, wenn dann die Formulierung von der Auslösung . . . wie eine bescheidene Auflage jener romantischen Ideen erscheint, nach denen selbst die Revolution einstmals „ausgelöst" werden soll. Mit der Bezeichnung rückt sichtslos, aber wird ein Begriff etwa nach der poetischen Seite hin geschmückt, nicht aber objektiv konkretisiert.

Wirtschaft

Konzentration des Handelskapitals

Karstadt schluckt Lindemann. Verstärkter Druck auf Kleinhandel und Kleinindustrie.

In der Linie der ausseigenden Konjunktur war die Konzentrationsnotwendigkeit für das Handelskapital nicht so zwingend wie für das Produktionskapital. Die mit dem Schwund der Massenkaufkraft erschwerte Akkumulation auf der absteigenden Linie der Konjunktur zwingt jetzt aber auch in größerem Ausmaße das Handelskapital zu Zusammenschlüssen. Tietz schluckte den Jandorf-konzern, einige Großbanken schlossen sich in den letzten Wochen zusammen, und jetzt die größte Konzentration in der Geschichte des Handelskapitals: Karstadt-Lindemann.

Karstadt ist nach der Aufsaugung der Lindemann Akt.-Ges., der größte europäische Warenhauskonzern (bisher Hermann Tietz). Er besitzt jetzt 89 eigene Waren- und Kaufhäuser (außer Breslau und Frankfurt a. M.). Dazu kommen noch 40 andere Häuser, die zwar juristisch selbständig sind, wirtschaftlich aber von Karstadt beherrscht werden und mit ihm eine gemeinsame Einkaufsorganisation haben. Ferner gehört noch zum Karstadt-Konzern die Epa-Einheitspreis AktGes. mit 25 Einheitspreisgeschäften. Karstadt besitzt eigene Einkaufshäuser in Berlin, Hamburg, Chemnitz, Plauen, Apolda, Münster, Offenbach und Paris. Karstadts Umsatz betrug im letzten Jahre 231,5 Millionen Mark; mit Lindemann zusammen wird er 320 Millionen Mark übersteigen. Hinzu kommt noch der Umsatz der eigenen Produktionsbetriebe (Weberei, Ausrüstungsanstalten, Etikettenfabrik, Druckerei-, Konserven- und Fleischwarenfabrik und Parfümeriefabrik) an fremde Kundschaft, der im letzten Jahre 45,5 Millionen Mark betrug.

Die ungeheure Macht der Warenhäuser liegt in ihrer Einkaufskraft, die zusammenschlußfördernd sich auch auf den kleinen Einzelhandel zu Einkaufsverbänden auswirkt. Als seinerzeit das aufsehenerregende Abkommen von 5 großen Warenhauskonzernen über gemeinsamen Einkauf von den Großdruckereien und dem Baumwollwarengroßhandel abgeschlossen wurde, setzte der private Einzelhandel mit einer einst solchen Aktion ein. Sechs große Verbände mit fast 2000 Textileinzelhandelsfirmen schlossen sich zu dem Verein „Vereinigte Textileinkaufsverbände E. V." zusammen. Diese Verbände haben nach ihrer Angabe einen Jahresumsatz von reichlich 400 Millionen Mark. Ein ungeheuer kaufkraftstarker Faktor, immerhin noch von geringerer Bedeutung als z. B. Karstadt allein, wenn man in Betracht zieht, daß dessen Umsatz sich auf „nur" 150 Verkaufsstätten konzentriert.

Die Triebkräfte für die Entwicklung der Warenhäuser sind die Verelendung der Massen und die damit sich verschlechternde und sich uniformierende Geschmacksrichtung: das Bedürfnis nach billigen Waren. Damit soll nicht verkannt werden, daß die Warenhäuser (wie einst auch die Konsumvereine) gegenüber dem nur zu leicht — oft aus Unfähigkeit zu geschäftlichen Dispositionen und Wucher neigenden Krämer. Die Wirkung der Konzentration des Handelskapitals, nicht nur der Warenhäuser, ist aber zweifellos eine weitere Verelendung der Massen. Es gibt keine Konsumindustrie, die die Kundschaft der Warenhäuser und der erstarkten Einzelhandelsverbände entbehren könnte. Die ungeheure Kaufkraft, und die Barzahlung wenigstens der Warenhäuser, die Akzepte der Warenhäuser gelten so gut als bares Geld) bringen die Fabrikanten, oft bis in die Großindustrie hinein, in eine widerstandslose Abhängigkeit. Vor allem das Warenhaus kauft im Submissionswege Markenartikel. Alle bisherigen Verbote von Fabrikantenverbänden an ihre Mitglieder, sich nicht an den Subventionen zu beteiligen, sind bisher gescheitert. Wer den Bedarf der Warenhäuser mitmachten würde, kann einpacken. Lohndruck, verschärfte Ausbeutung, verschlechterte Arbeitsbedingungen, sind die naturnotwendige Folge. Daß die Warenhausangestellten im allgemeinen weit unter dem Lohnniveau der Gesamtarbeiterklasse stehen, ist bekannt.

Die Ende April oder Anfang Mai bevorstehende Eröffnung des Karstadt'schen Riesenwarenhauses in Berlin-Neukölln, löst im Einzelhandel — hauptsächlich im Karstadt'schen Aktionärkreis — seit Monaten steigende Erregung aus. Tausende Mittelstandsexistenzen (die es trotz alles Strebens nicht zum Warenhausbesitzer brachten), fühlen, daß es ihnen an den Kragen geht. Eine „Gegenaktion" hat eingesetzt, und allerlei Weltbeglücker und Leute, die auf dem Rücken noch Dümmerer empor wollen, haben Vereine und Vereinchen „gegen die Warenhäuser" gegründet. Von der Verzweiflung dieser Leute kann man sich einen Begriff machen, wenn man erfährt, daß man sich mit dem Gedanken des Aussetzens von Ratten und Mäusen (Gerichtsnotorisch!) und mit dem Auslegen von Stinkbomben in den Verkaufsräumen trägt, um das Publikum von den Warenhäusern abzuschrecken.

Die über diesen „acistigen" Horizont der Kretins emporragenden Einzelhändler erheben den Ruf nach staatlichem Schutz für sich und eine Unterdrückung der Warenhäuser durch Konzessionspflicht für neue Häuser, wie etwa bei Schankstätten und Apotheken. Diese Kurzsichtigkeit geht, politisch gemessen, über den Blick der Kämpfer mit Stinkbomben und Ratten und Mäuse keineswegs hinaus. Ganz abgesehen davon, daß dies meistens jene Kreise sind, die den Ruf „Freie Bahn dem Tüchtigen" am lautesten erheben. Man könnte ebenso gegen Wind und Sonnenschein und Regen ankämpfen, wie gegen die wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus, dessen festeste Stützen diese Leute selbst sind.

Auf keinem anderen Niveau steht der Ruf nach dem Staat. Der Staat hat ja doch wohl die Aufgabe, das Ausbeutungsrecht der besitzenden Klasse gegen die nichtbesitzende als Produzent und Konsumenz zu schützen. An der Ausbeutung der Konsumenten hat aber — bis heute noch — der Einzelhandel einen größeren Anteil als die Warenhäuser, weil er insgesamt einen größeren Umsatz hat. Diese Ausbeutung des Proletariats als Konsumenz und Produzent und die dadurch zunehmende Verelendung der Massen aber ist der Boden, aus dem die Warenhäuser emporwachsen.

Einen Schutz als Konsument wird das Proletariat erst in einer kommunistischen Gesellschaftsordnung haben, wenn es sein eigener Produzent sein wird.

Aus der Bewegung

Groß-Berlin

KWO. Oberschöneweide.

Wie die gewerkschaftliche Solidarität aussieht und was die gewerkschaftsdisziplinierten und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die Erhöhung resp. für die Herabsetzung der Löhne tun, dafür liefert ein im Kabelwerk Oberspree, Oberschöneweide kürzlich vorgekommener Vorfall den vollgültigen Beweis.

Einem Genossen der BO., einem langjährigen Einrichter, der aber als Schraubendreher arbeitet, wurde angeraten, eine Bank für eine Arbeiterin einzurichten. Der Lohn für selbständige Schraubendreher, den unser Genosse erhielt, beträgt im Durchschnitt 1,20 bis 1,22 Mk. Der Lohn für Einrichter ist etwas höher, etwa 1,25 bis 1,40 Mk. pro Stunde. Der Genosse verlangte nun für die Einrichterarbeit auch den höheren Lohn. Er lehnte ab, für den Dreherlohn einzurichten. Und hier setzt die „Solidarität" der Gewerkschaft ein. Ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, der als Einrichter arbeitet, machte die von unserm Genossen abgelehnte Arbeit für 1,15 Mk. pro Stunde, d. h. für seinen bisherigen Lohn. Zur Rede gestellt, meinte er, daß der Einrichterlohn nur 1,09 Mk. betrage (!), also rund 13 Prozent weniger, als der der selbständigen Schraubendreher. Ohmann, Vertrauensmann und Betriebsrat, die angerufen wurden, erklärten, daß nun da „nichts machen" könne.

Die Arbeit, die der Gewerkschaftler geleistet hat, ist auch danach. Außerdem hat er etwa viermal solange dazu gebraucht, als es bei einem gelernten Einrichter der Fall ist. Das Werk hat bei der Arbeit also gewaltig zugezeitet. Aber das Kapital hat Grundsätze. Und die hat es hier durchgesetzt. Es hat hier qualifizierte Arbeit für einen geringeren Lohn erhalten, als weniger qualifizierte. Wie oben schon angedeutet, ist dies im KWO. schon üblich. Kürzlich wurde Einrichter werden kann je mehr den richtigen Einrichterlohn erhalten, das Verhalten des Obmanns, des gewerkschaftlichen Vertrauensmanns und des Betriebsrats sind der Beweis dafür. Und wenn später die Löhne — zuerst in Einzelfällen — für weniger qualifizierte Arbeiter unter die höher qualifizierten gruppieren, d. h. herabsetzen wird, so wird man von gewerkschaftlicher Seite erst recht „nichts machen" können.

Wer das gewerkschaftliche System begriffen hat, dem wird dieser Vorfall nichts mehr sagen. Es ist die bis ins kleinste sich auswirkende Gewerkschaftskritik. Nichts weiter. Die „große" „Taktik" der Gewerkschaften ist, die Arbeiter am Durchsetzen von Forderungen durch Massenkämpfe dadurch zu verhindern, indem sie jeden Streik lokalisieren und ein Übergreifen auf größere Gebiete unmöglich machen. Und wenn sich die einen totgestreikt haben, kommen die anderen an die Reihe. Im inneren Betrieb besorgen dann die Gewerkschaften den Lohnabbau im einzelnen wie das Beispiel im KWO. zeigt.

Die Gewerkschaften benutzen stets, keine höheren Löhne durchsetzen zu können, weil es noch so viele Un- und Andersorganisierte gibt. Der DMV. hat schon verschiedentlich eine Aktion unternommen, um die Un- und Andersorganisierten aus den Betrieben zu werfen. Wohin es führen würde, wenn alle Arbeiter in den Gewerkschaften wären und nach den „Grundsätzen" des beschriebenen Beispiels vom KWO. handelten, das zu erraten ist nicht schwer. Beispiele im Großen gibt es auch da genug. Wir brauchen nur an den Streik der Hamburger Hafenarbeiter zu erinnern. Dort stimmten bekanntlich die gewerkschaftlich Organisierten für Streikbruch und die Un- und Andersorganisierten für Streik.

Man kann den Beteiligten im KWO. wohl kaum einen Vorwurf machen; vom gewerkschaftlichen Standpunkt handeln sie richtig. Sie üben Gewerkschaftsdisziplin. Die Gewerkschaftsdisziplin und die Gewerkschaftsdisziplin sind aber immer ein Schlag gegen die Arbeiter. Deshalb führt der einzige Weg aus dem Elend der Arbeiterklasse nur über die Trümmer der Gewerkschaften. Sie müssen zerschlagen werden. Die Arbeiter müssen sich in revolutionären Betriebsorganisationen zusammenschließen, wo sie selbst über ihr eigenes Geschick bestimmen, nicht Herren vom grünen Tisch, die das Arbeiterelend lange vergessen haben.

München

So wie im Reiche, versuchten auch in München am 8. März die reaktionären Polizeibestien hungernde demonstrierende Arbeiter, die mit dem Ruf: „Gebt uns Arbeit und Brot!" auf die Straße gingen, mit Polizeiknüppeln und Seitengewehren zu sättigen, indem sie ihre Mordinstrumente auf die Erwerbslosen los ließen. Durch diesen Terror der blutigsten bayrischen Polizei versucht die bayrische Justiz dem Proletariat neue Schläge, und zwar durch Versammlungsverbot, zu versetzen. Trotz alledem hat sich die AAU. München nicht zurückschrecken lassen, diese Bevormundung zu durchbrechen und am 14. d. M. eine Erwerbslosenversammlung abzuhalten, die mit dem Thema: „Gewerkschaftsbonzen sprechen mit Polizei schlägt hungernde demonstrierende Arbeiter". Die Versammlung war nicht so besucht, wie sie hätte sein sollen, da ein größerer Teil vor dem Polizeiterror zurückgeschreckt war, und der nächsten Angriff dieser Helden von der Ettsstraße fürchteten. Der Referent sprach in ausführlicher Form, so daß diese Frage jedem denkenden Proletarier klar sein konnten. Er entlarvte die konterrevolutionäre Praxis der Parlaments- und Gewerkschaftsorganisationen. Selbst KPD.-Leute waren von dem Referat begeistert, so daß sie es größtenteils für gut und richtig hießen.

Als der Genosse ziemlich am Schluß seiner Rede war, rückte ein durch Spitzel benachrichtigtes Regiment Schupo zu Fuß und zu Roß, Überfallkommando mit drei ans sein sehr gut bekannten Kriminalbeamten an, und forderten auf, die Versammlung zu räumen. Diese im Arbeiterblut besudelten Elemente hätten auch hier gern ihre Kampfgefühle betrieben. Diese Provokateuren scheiterten aber an der Disziplin der anwesenden Proletarier. Andernfalls hätten die Herren aus der Ettsstraße auch mit Arbeiterfäusten Bekanntschaft machen können. Während die Volksdiktatoren der deutschen „Demokratie" (die in Wirklichkeit nur auf dem Papier steht) mit den Genossen Sch. verhandelten, ergriff der Versammlungsleiter das Wort, konnte aber durch das Polizeiaufgebot nicht aussprechen, er erklärte die Versammlung für geschlossen. Die bis an die Zähne bewaffneten Schupobestien mußten sich wutentbrannt zurückziehen. Der Belagerungszustand über das Lokal wurde aufgehoben, als die Proletarier ihr Bier ausgetrunken hatten. In der Sternfabrik wurde die Versammlung durch Diskussion in aller Ruhe weitergeführt, so daß wir und die Proleten nichts versäumt haben, und die Arbeit für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung die so lebenswürdigen Polizei war nun auch umsonst gewesen. Allerdingsfalls hält die Münchener Einwohnerschaft ein großes Stück auf ihre Polizei. Auch der Tag wird nicht ausbleiben, wo das revolutionäre Proletariat noch viel größere Stücke auf die so sehr Ordnung bemühte Polizei halten wird. Trotz dieser Terrorattacken, die sich immer und immer nur gegen das Proletariat richten, werden wir nicht zurückschrecken, sondern im selben Sinne für den Sturz des Kapitalismus und der bestehenden Gesellschaftsordnung weiterkämpfen. Trotz aller Schikanen wegen der kommunistische Arbeiterbewegung wird sich der Funke der proletarischen Weltrevolution weiter entzünden, bis er wie eine Lavaströmung Schluß macht mit dem Ausbeuterzeitalter und allen Verrätern am Proletariat. Der Geist Karl Liebknechts, und Rosa Luxemburgs, unausrottbar aus den Hirnen der revolutionären Arbeiterklasse und nicht mit dem Polizeiknüppel und Zuchthäusern der deutschen Klassenjustiz.

Vorwärts zum Kampfe im Geist der revolutionären, immer ermordeten Vorkämpfer des Proletariats. Entreißt ihnen alle Prestige, die heute noch in den Krallen der Klassenjustiz schmachten und dahinsiechen, während die Schwerverbrecher am Proletariat auf freiem Fuß stehen und ihre Diktatur fortsetzen. Klassenjustiz heißt Macht Macht und den vermoderten Instrumenten, wie Parlament und Gewerkschaften, da dies keine Waffen für das Proletariat, sondern gegen das Proletariat sind. Die proletarische Revolution ist unlegaler. Deswegen ist heute schon der Kampf unlegaler, um jede Polizeibevormundung zu zerreißen, um jede Ketten zu durchbrechen. Schließt euch zusammen als Klasse dort, wo ihr ausgebeutet werdet und unter der Knute der herrschenden Klasse steht. Nur auf diesem Wege können wir die Unterjochung des Kapitals beschleunigen und unsere Parolen verwirklichen. Trotz alledem zieht das Schiff der kommunistischen Arbeiterbewegung seinen Kurs stolz und fest dahin, bis das erste Werk des Sozialismus vollbracht ist.

Wir empfehlen:

A. Bebel, Aus meinem Leben (3 Bände)		geb. 12,–
A. Ballabanoff, Erziehung der Massen zum Marxismus	kart. 2,50	„ 3,50
Bucharin, Die politische Oekonomie des Rentners		„ 4,–
Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen Philosophie		„ 2,50
Gorter, Der historische Materialismus (Neudruck)	brosch. 1,–	„ 2,50
— Der Imperialismus, der Weltkrieg und die Sozialdemokratie	„ 1,20	
— Offener Brief an den Gen. Lenin	„ 0,50	
Gewerkschaften oder Allg. Arbeiter-Union	„ 0,15	
Die KPD. im eigenen Spiegel	„ 0,75	„ 1,75
Lenin, Staat und Revolution	„ 1,20	
Liebknecht, Reden und Aufsätze		„ 4,50
— Briefe aus dem Zuchthaus	„ 2,50	
Luxemburg, Die russische Revolution 1917	„ 0,25	„ 0,50
— Briefe aus dem Gefängnis	„ 1,80	„ 2,80
Marx, Klassenkämpfe in Frankreich	„ 0,60	
— Der Bürgerkrieg in Frankreich	„ 0,50	
Pokrowski, Historische Aufsätze		„ 3,–
Reed, 10 Tage, die die Welt erschütterten		„ 4,50
Trotzki, Grundfragen der Revolution	„ 3,–	
— Terrorismus und Kommunismus	„ 1,50	
Thalheimer, Einführung in den dialektischen Materialismus		„ 3,–
— Deborin, Spinozas Stellung in der Vorgeschichte des dialektischen Materialismus		„ 3,–

Literatur der Sexualwissenschaft:

Hodann, Bringt uns wirklich der Klappersторch	brosch. 0,60	
— Geschlecht und Liebe		geb. 11,50
— Handbuch der Sexualberatung		„ 14,–
— Bub und Mädel	kart. 2,60	„ 5,–
Magnus Hirschfeld, Empfängnisverhütung	brosch. 1,25	
Richter, Die in ihre Hände fallen	kart. 3,20	
Rühle, Sexual-Analyse	„ 3,50	
Maria Winter, Frühtabtreibung oder Verhütung der Schwangerschaft	brosch. 0,50	
— Der Mensch von morgen	kart. 3,50	
Ben Lindsey, Kameradschaftsehe		„ 8,50

Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Mitteilungen

Reich

Duisburg.

Oeffentliche März-Kundgebung am Sonntag, den 24. März vormittags 10 Uhr, auf dem Vorplatz am Stadion (Kalkweg). Unter freundlicher Mitwirkung der Freien Sängervereinigung Duisburg-Wanheimer Ort. Thema: Der März des Proletariats.

Provinz Brandenburg

Finowtal.

Auskunft über Versammlungen und Betriebsberichte: Karl Falk, Kupferhammer bei Eberswalde, Lichterfelder Str. Daselbst jeden Sonntag von 10—11,30 Uhr Zeitungsausgabe sowie Bekanntgabe des Tagungslokals und Mitgliederaufnahme.

Fürstenwalde.

Ausgabe von Zeitungen, sowie Mitgliederaufnahme jeden Freitag, abends von 7—8 Uhr, im Volksgarten, Windmühlenstraße.

Groß-Berlin

Nächste 22er Kommission

am **Mittwoch, den 3. April**, bei König, Langestr. 53, da die Woche vom 24. bis 30. März eine Freiwoche ist.

Achtung, Distriktsversammlungen

am **Freitag, den 5. April!** Es tagen:

2. und 3. Bezirk im Lokal Frenzel, Reinickendorfer Str. 42 (Wedding);

6., 13. und 14. Bezirk im Lokal Schwarzkopf, Fontanestraße 26 (Neukölln);

5., 15. und 17. Bezirk im Lokal Kusche, Marktstr. (Lichtenberg);

7., 8. und 11. Bezirk im Lokal Josefowicz, Galvanistr. (Charlottenburg).

Thema in allen vier Versammlungen: **Bericht der Reichskonferenz durch die Berliner Delegation.**

Verantw. Redakteur und Herausgeber: F. Rother, Berlin O 17. Druck: Druckerei f. Arbeiterliteratur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

März 1929 (Revolutionäre Betriebs-Organisationen) Für Erwerbslose 5 Pfennig

Jahrgang 10 Nr. 13 — Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13 — Preis 15 Pfennig

Ausnahmezustand in Preußen!

Der sozialdemokratische preußische Innenminister Grzesinski hat am 23. März unter der Ueberschrift: **„Eine letzte Warnung!"** einen Aufruf herausgegeben, in dem er aus Anlaß der politischen Ausschreitungen in letzter Zeit (Versammlungssprengungen, Prügeleien mit teils tödlichem Ausgang, Ueberfälle auf Polizeibeamte usw.) drakonische Maßnahmen gegen die radikalen Organisationen ankündigt. Der Aufruf schließt mit den Sätzen: „Wenn dieser letzte Versuch, die politische Betätigung der Staatsbürger im Rahmen der Gesetze gegen jede Beeinträchtigung zu schützen und die Ausartungen des politischen Kampfes durch Anwendung gewaltsamer Mittel zu unterdrücken, unglücklich verhallen sollte, werde ich . . . **gegen die radikalen Organisationen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln rücksichtslos einschreiten.** Dabei würde ich auch vor der Auflösung solcher Verbände und Vereinigungen nicht zurückschrecken, die gleichzeitig die Form politischer Parteien haben. Die Polizeiverwaltungen in Preußen habe ich mit entsprechenden strikten Anweisungen versehen."

Die Ausführungsbestimmungen für die lokalen Polizeibehörden lauten im wesentlichen: **„Organisationen, die** ungeachtet meiner letzten Warnung ihr gefährliches Treiben fortsetzen und dadurch **zu erkennen geben, daß sie die Herbeiführung von Friedensbrüchen geradezu bezwecken, sind,** soweit nicht noch andere gesetzliche Bestimmungen in Frage kommen, **gemäß § 2 des Reichsvereinsgesetzes aufzulösen:** gegen Versuche, sich weiter zu betätigen, ist nachdrücklich einzuschreiten. **Oeffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge, die eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, sind vorbeugend polizeilich zu verbieten und zu verhindern. Versammlungen in geschlossenen Räumen, deren unfriedlicher Charakter von vornherein feststeht, sind gleichfalls vorbeugend zu verbieten: Versammlungen in geschlossenen Räumen, die nach Beginn einen unfriedlichen Charakter annehmen, sind polizeilich aufzulösen."**

Im besonderen weist der preußische Innenminister darauf hin, daß im Hinblick auf seinen öffentlichen Aufruf „eine nochmalige örtliche Verwarnung" der radikalen Organisationen „nicht mehr in Betracht zu ziehen ist".

Der Auflösungs-Erlaß des sozialdemokratischen Ministers fährt durchaus nicht wie ein Blitz aus heiterm Himmel in die preußische Hochburg der schwarzrotgelben Demokratie. Denn die tiefere Ursache für das diktatorische Vorgehen des preußischen Innenministers ist in den wachsenden staatspolitischen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation zu suchen und nicht in den politischen Keilereien der letzten Wochen, die ja nur der äußere Anlaß für den verschärften Polizeikurs sind. Einmal ist es die jetzige Wirtschaftslage selbst, die einen Herd sozialer Unruhe darstellt. Der Rückgang der industriellen Konjunktur hat die Erwerbslosigkeit so ins Riesenhafte gesteigert, daß schon dadurch allein die Staatsverwaltung vor der Notwendigkeit steht, ihre Polizeiorgane mit besonderen Vollmachten auszustatten, um eventuelle Rebellionen der hungernden Massen sofort im Keime zu ersticken. Die Gefahr solcher sozialen „Friedensbrüche" ist um so größer, da infolge der jetzigen Mehrbelastung der kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands durch die normale Reparationszahlung das Heer der langfristig und dauernd Arbeitslosen stärker sein wird als in den vergangenen Jahren. — Zum anderen sind es koalitions-politische Gründe, die beim Schritt Grzesinskis eine gewichtige Rolle spielen. Der sozialdemokratischen Führerschaft ist es trotz weitgehendster Kompromisselei nicht gelungen, im Reich eine Basis für die Große Koalition zu zimmern. Die im Kabinett Hermann Müllers vertretene Deutsche Volkspartei bezieht offene Kampfstellung gegen die sozialdemokratische Regierungsführung, weil die in der DVP. maßgebende Industriellengruppe keine Zustimmung zu den Reparationsabmachungen und zu dem darauf beruhenden Reichshaushalt für 1929 gibt. Sogar die Autorität des jahrelangen Außenministers Stresemann kann die Fronde der Deutschen Volkspartei nicht mehr bannen, weil eben die Sachwalter der Bourgeoisie mit schönen pazifistischen Gesten wirtschaftlich — d. h. in der jetzt brennenden Reparationsfrage — nicht mehr weiter kommen. Dieser nicht mehr zu verschleiernde Zerfall der gegenwärtigen Regierungskoalition — der sich auch in einer Erschütterung der preußischen Kabinettsposition der SPD. auswirkt — stellt die sozialdemokratische Regierungsführung vor eine schwere Belastungsprobe, indem Hilferding nun den Etat vorlegen muß, ohne einer positiven Reichstagsmehrheit gewiß zu sein. Die Gefahr einer parlamentarischen Niederlage der Müller-Regierung in der Etatsfrage und damit einer Kabinettskrise ist so nahe, daß selbst der „Vorwärts" vom 24. März offen von der Möglichkeit neuer Reichstagswahlen sprechen muß.

Um nun aus der staatspolitischen Isolierung, die der krisenhafte Zustand der Reichsregierung mit sich bringt, herauszukommen, müssen die sozialdemokratischen Oberbonzen vor allem ihre Regierungsfähigkeit gegenüber der Führung der Bourgeoisie erneut beweisen. Das ist für die SPD.-Führer um so notwendiger, da sie jetzt auch von sich aus verhindern müssen, daß die Deutsche Volkspartei innenpolitisch ins Horn der Deutschnationalen bläst. Deshalb — um trotz aller wirtschaftlichen und koalitionspolitischen Schwierigkeiten sowie der damit verbundenen Zuspitzung der sozialen Gegensätze den starken Mann für den Schutz der Staatsautorität darzustellen, der verschärfte Polizeikurs in Preußen gegen die radikalen Organisationen! Die „letzte Warnung" des SPD.-Ministers Grzesinski ist also weiter nichts wie der letzte Versuch, die im Reiche schwer erschütterte Regierungskoalition der SPD. mit dem volksparteilichen Flügel der Bourgeoisie vor dem völligen Zusammenrachen zu retten — durch eine innenpolitische Entlastungsoffensive!

So muß die sozialdemokratische Ministerkumpanei unter dem Zwang ihrer verkrachten Koalitionspolitik selbst dem Proletariat vordemonstrieren, daß der Diktaturparagraph 48 die Seele der Weimarer Verfassung ist. Die schwarzrotgelbe Demokratie zeigt sofort ihre faschistische Tatze, wenn das Regierungsschiff an sozialen und koalitionspolitischen Klippen vorbeigesteuert werden muß. Der kleine Belagerungszustand als durchsichtige Verhüllung des wirklichen Ausnahmezustandes ist das Universalmittel, mit dem auch die SPD.-Minister jetzt die unterdrückten Massen in Schach halten müssen, um sich dadurch bei den herrschenden Kapitalsgruppen eine weitere Galgenfrist für die reformistische Regierungsherrlichkeit zu erkaufen. Denn daß die Faust des vom preußischen Innenminister befohlenen verschärften Polizeiregimes in erster Linie proletarische Organisationen treffen wird, bedarf angesichts der reaktionären Zusammensetzung des polizeilichen Offiziersstabes keiner näheren Begründung.

Das klassenbewußte Proletariat hat keine Ursache, vor dem demokratischen preußisch-deutschen Ausnahmezustand ins Mauseloch zu kriechen. Es hat auch keine Ursache, durch das hysterische Geschrei der um ihre Legalität zitternden KPD.-Parlamentarier sich in die Sackgasse eines tragikomischen Radauradikalismus treiben zu lassen. Die Errichtung der revolutionären Klassenfront in den Betrieben durch den Zusammenschluß der Proletarier in der Allgemeinen Arbeiter-Union wird die eiserne Mauer schaffen, an der die Attacke des reformistischen Polizeiministers zerstieben wird wie Gischt am Felsenstrand! Die planmäßige Organisierung des proletarischen Massenkampfes mit dem Ziel der Ablösung des Kapitalismus durch den Kommunismus: — sie allein kann jenen revolutionären Sturm entfesseln, der den sozialdemokratischen Polizeiknüppel der Bourgeoisie wie ein Streichholz zerbricht!

Zur 9. Reichskonferenz

In den zwei Jahren, die seit der achten Reichskonferenz der Allgemeinen Arbeiter-Union verflossen sind, haben sich die objektiven Verhältnisse für die Entwicklung der revolutionären Klassenkampforganisation ohne Zweifel günstiger gestaltet. Der eherne Tritt der kapitalistischen Rationalisierung mit seiner brutalen Steigerung der Ausbeutung hat die sozialpolitischen Phrasen der reformistischen Führer so mitleidlos zerstampft, daß die Gewerkschaftsbürokratie heut Sklavenverträge von ein- bis zweijähriger Laufzeit sanktionieren muß, um nur ja die mit ihrer letztkräftigen Hilfe in den Betrieben errichtete Ordnung des Schlichtungsfaschismus weiter aufrecht zu erhalten. Die mit der fortschreitenden Monopolisierung der Profitwirtschaft wachsende Macht der Kapitalskönige zwingt die Gewerkschaftsinstanzen, ihren „Klassenkampf" immer mehr auf das Gebiet des Verschacherns der Arbeiterinteressen am grünen Tisch zu verlegen. Dieser eiserne Zwang zu einer systematischen Instanzenstrategie gegenüber dem einheitlichen Vorgehen der Unternehmerverbände ist auch eine wichtige Ursache für die jetzige Ausschlußkampagne gegen die Gewerkschaftsopposition, um dadurch in der Amsterdamer Front die letzten Kräfte proletarischen Selbsthandelns zu vernichten. Der Rührkampf — aus dem die Gewerkschaftsorganisation nur dank der staatlichen Koalitionsüberlinge mit einem blauen Auge herauskam — hat praktisch bewiesen, daß die Gewerkschaften ihre Rolle als vorwärtstreibender Faktor moderner Massenkämpfe endgültig ausgespielt haben. Die gewerkschaftliche Entwicklung hat auf ihrem reaktionären Wege jene Etappe erreicht, wo die politische Werbekraft der Gewerkschaften degeneriert ist zur spießbürgerlichen Funktion eines Unterstützungsvereins, der schon in die Praxis der staatskapitalistischen Alters- und Invalidenversicherung hineinpfuscht.

Der immer sichtbarer werdende Bankrott der Gewerkschaften als proletarische Klassenkampforganisation hat aber nicht nur eine negative Seite, sondern erzeugt in seiner Wechselwirkung auch schon positive Regungen im Proletariat. Hier und dort gehen Arbeitergruppen bereits dazu über, bei Konflikten mit ihrem Ausbeuter die zuständige Gewerkschaftsinstanz auszuschalten und eigene Kampforgane zu wählen. Wenn auch die KPD. solche Kampfleitungen noch zu Werkzeugen ihrer utopistischen Zellentaktik mißbrauchen kann, so liegen solche Rebellionen gegen die gewerkschaftliche Führervormundschaft doch auf der revolutionären Entwicklungslinie des proletarischen Selbsthandelns und es kommt nur darauf an, diese instinktiven Regungen in bewußte Bahnen zu lenken. Gewiß hat die noch immer bestehende revolutionäre Stagnation auch konterrevolutionäre Folgen im proletarischen Lager außerhalb des ADGB., wie die Verschmelzungsabsicht des Weyer-schen Industrieverbandes mit dem DMV. zeigt. Aber eine solche politische Pleite muß unvermeidlich kommen, wenn eine Organisation nur als Konkurrenzladen der offiziellen Gewerkschaftspolitik aufgezogen ist. Die wirklich klassenbewußten Arbeiter des Weyer-Verbandes werden trotz aller Wirrnisse schließlich den Weg finden, der zur revolutionären Front führt.

Es bestehen also für die AAU. heut bessere Möglichkeiten als vor zwei Jahren, in revolutionärem Sinne an die breiten Proletariermassen heranzukommen. Der offen sozialfaschistische Kurs der Gewerkschaften und nicht zuletzt der katastrophale Zusammenbruch der leninistischen Zellenbauerei bieten Gelegenheit, die Basis der AAU. im Proletariat zu verbreiten. Wenn es zur ach zehten Reichskonferenz schon hieß: „Die Stunde der Union ist gekommen", so ist heut erst recht die Situation da, wo die Prinzipien der AAU. ihren praktischen Niederschlag im Proletariat finden können. Die ersten Versuche von Arbeiterschichten, nach jahrelanger Bevormundung durch die wirtschaftsfriedliche Gewerkschaftsbürokratie wieder selbständig gehen zu lernen, muß die AAU. mit allen Kräften fördern, weil sie keimhafte Anfänge revolutionärer Klassenpolitik sind. Die große schöpferische Losung „von unten auf" — das heißt: die Errichtung der revolutionären Kampffront in den Produktionsstätten der kapitalistischen Gesellschaft selbst — dieser Schlachtruf gegenüber der reformistischen Führerpolitik beginnt wieder im Pro

9. Reichskonferenz alles mit Löweneifer „verteidigt" und „wider legt" wurde. Da hat man sich in der „KAZ." und auch im „Kampfruf" zum Beispiel auf die Thesen des RAA. gestürzt, um besonders das Wörtchen „rückschlusse" Auslösung von Wirtschaftskämpfen totzureiten. Dabei ist für jedem, der die Dinge nicht durch die Brille demagogischer Silbenstecherei sieht, der Streit nicht mehr wert als ein Zank um Kaisers Bart. Gelinde gesagt, ist es doch nur bedauernswerte Naivität, den RAA. oder gar die ganze Union an einem Wort aufhängen zu wollen. Wenn die Kritiker des Thesenentwurfs weiter keine „reformistische Abwelchung" entdeckt haben, dann ist es um die revolutionäre Zukunft der AAU. wirklich gut bestellt.

Die wirklichen Differenzen in der Taktik liegen ganz wo anders. Sie liegen in der Tendenz, die Beweglichkeit der Union so zu überspitzen, daß dabei die revolutionäre Grundlinie verwischt wird. Das kommt zum Ausdruck im Antrag der Bezirkskonferenz Ruhrgebiet zur Erwerbslosenfrage. In der Absicht, die letzten Schlacken der Essener Negation wegzuräumen, wollen die Genossen dem Arbeitslosenproblem lediglich von der organisatorischen Seite her zu Leibe gehen. Das muß zu opportunistischen Abweichungen führen, denn die mechanische Durchführung der Parole „wählt Aktionsausschüsse", muß beim Fehlen der politischen Voraussetzung der revolutionären Einheitsfront zwischen arbeitslosen und betriebstätigen Proletariern Illusionen unter den Erwerbslosen erwecken. Die Reichskonferenz wird hier die Grenze abstecken müssen, wie sie auch jeden Versuch ablehnen muß, die Union als Mittler zwischen Kapital und Arbeit zu schieben. Dem alle taktische Beweglichkeit bedeutet nicht, daß die AAU. die politische Verantwortung für jeden Schritt der Proletariermassen übernimmt.

Eine der wichtigsten Aufgaben der 9. Reichskonferenz besteht auch darin, aus der jetzigen Krise im Verhältnis der AAU. zur KAP. praktische Schlußfolgerungen zu ziehen. Die alte Form der Kampfgemeinschaft ist zerbrochen aus Gründen, die schon in Nr. 10 des „Kampfruf" angedeutet wurden. Die inzwischen erfolgte Spaltung der Berliner KAP. hat die Situation soweit geklärt, daß die Reichskonferenz um eine Entscheidung nicht herumkommt. Ohne dem parteiverneinenden Einheitlertum die geringste Konzession zu machen und ohne in die Organisationspieferei einer Parteineugründung zu verfallen, gilt es, die grundsätzliche Linie festzulegen, die zur Wiedererrichtung der Aktionsgemeinschaft auf höherer Stufe führt. Wenn die 9. Reichskonferenz die Frage des Verhältnisses der AAU. zur KAP. trotz des Bruches mit den jetzigen Parteikörperschaften im positiven Sinne stellt, dann allein schon hat sie fruchtbare Arbeit geleistet.

Kirche und Faschismus

Kursänderung in Spanien.

Die faschistische Diktatur in Spanien hat das Land in eine Situation gebracht, die ausweglos verworren ist. Wie rettungslos sich der Faschismus selbst in der Sackgasse fühlt, dafür spricht die Tatsache, daß der Staat gegen ausländische Zeitungen vor ausländischen Gerichten um Schadensatz klagt, weil sie ihre Leser über Spanien falsch unterrichtet hätten. Eine Groteske, die politische Entartung in der „Geschichte" wird hier noch nicht fertiggebracht hat. Aber ein Beweis, daß selbst das konservative und liberale Geschäftsbürgertum des Auslandes von der Regierungsmethode Primo de Riveras abrückt. Der Boykott wirkt auch Faschismus ab. Der sprunghafte Kapitalismus geht an dem faschistischen Schutz zugrunde und reißt das ganze Land hinab in den Strudel.

Die Ursache ist natürlich die unheilbar zerrüttete politische Lage des Landes, die jedes Vertrauen, das spanische Importeure und Exporteure bisher noch hatten, im Auslande untergräbt. Die Unruhe, die alle Kreise des Landes erfaßt hat, nimmt zuschends zu. Die Arbeiterunruhen, die sich oft mit Dynamit und Bombe Luft machen, machen dem Diktator auch die wenigste Sorge, da er bei deren Unterdrückung alle „gutgesinnten" Bürger auf seiner Seite hat. Und Arbeiterblut ist ja so billig, in Spanien wie überall in der Welt. Gefährlicher sind schon die gar nicht mehr abreißenden Militärputsche, die mit ihrer Absetzung und Maßregelung von Offizieren im Gefolge die Auflehnung gegen den Diktator in die „besten" Kreise tragen.

Den einzigen zuverlässigen Freund, den der spanische Faschismus noch hat, ist der ultramontane Klerikalismus, das starr-bigotte, unversöhnliche Pfaffentum. Ja, in Wirklichkeit ist der Faschismus und Pfaffismus dasselbe. Die ganze Regierungskunst, die einst auf den Schutz des rücksichtslosen Ausbeutertums zugeschnitten war, ist heute nichts mehr als die Leibgarde des Jesuitentums. Das würde die spanische Politik auch bewiesen haben, auch wenn der römische Klerikalismus, den der Papst selbst in seiner äußersten Spitze verkörpert, sich nicht mit 88jähriger Feindschaft mit der bürgerlichen Welt mit dem Faschismus ausgesöhnt hätte; d. h. wenn auch der italienische Faschismus sich nicht so offen als Türhüter des „heiligen" Stuhls demaskiert hätte.

Die Aussöhnung Papst-Mussolini mag wohl der äußere Anstoß gewesen sein, daß Primo de Rivera jede Maske abwarf und sein Ziele nahe glaubte: Er glaubte sich, den römischen Schutz im Rücken, stark genug, jetzt auch die Hochschulen dem Jesuitentum auszuliefern, nachdem den niederen Schulen längst von dem Stiefel der Pfaffen die Paste ausgetreten ist. Als Anfang war gedacht, indem man die Jesuiten-„universität" von Deusto und die Augustiner-„universität" im Escorial mit den staatlichen Hochschulen gleichstellte. Die beiden „Schulen", die erst letzt zu „Universitäten" emporgerückt sind, sind Pfaffenschulen ohne jeden wissenschaftlichen Unterricht, die hohlen Kopien ganz mechanisch kirchliche Exerzitien einpauken. Die Folge wäre natürlich, daß das in Spanien besonders unwissende Pfaffentum so nach und nach alle Lehrposten und Staatsämter annektiert hätte. Uebrigens ist es unschwer vorauszusehen, daß die beiden genannten Institute der Versuchsballon waren, um nach dem Gelingen auch alle anderen Universitäten unter die Kontrolle der Kirche zu stellen.

Diese letzte Heldentat Primos hat dem Faß den Boden eingeschlagen. Die Studenten der Madrider Universität traten auf den Plan. Mit harmlosen Demonstrationen zwar nur, mehr Bierulk als politische Geste. Primo aber ließ schließen und stechen. Die Professoren stellten sich auf die Seite der Studenten. Die Universität wurde polizeilich besetzt. Die Studenten streikten. Die Universität wurde geschlossen. So ging es im ganzen Lande. In ganz Spanien sind die Universitäten geschlossen. Studenten, Professoren, das ganze liberale Bürgertum steht gegen die Diktatur. Der Faschismus hält sich nur noch durch eine kleine Polizei- und Militärklique. In dem katholisch-religiösen Lande, die Kirche auf seiten des Diktators, ist das wirklich ein Zeichen, daß der Faschismus das Land in den Abgrund gewirtschaftet hat.

Den neuesten Meldungen, daß Primo nach seinem eigenen Dekret bald zurücktreten gedenke, darf kein allzu großes Gewicht beigemessen werden. Das Pfaffentum wird zu retten suchen was möglich ist und ein neuer Mann wird das Zie

Schulentlassene, reiht euch ein!

Junge Proletarier.. Die Schulzeit liegt jetzt hinter Euch und mit dem Austritt aus der Schule wird auch Eure Kinderzeit beschlossen. Fast ohne Ausnahme werdet Ihr bisher wenig Freude am Leben gehabt haben; denn all Eure Wünsche, und waren sie manchmal noch so bescheiden, wurden Euch nicht erfüllt. Oftmals werdet Ihr darüber traurig gewesen sein. Hattet Ihr zu einem Geburtstage oder bei sonstigen Gelegenheiten ein großes Geschenk erwartet und Eure Eltern schenkten Euch nur eine Kleinigkeit, habt Ihr da nicht Eure Eltern für schlecht und lieblos gehalten? — Doch wer in Ruhe darüber nachgedacht hat wird festgestellt haben, daß es nicht an dem guten Willen der Eltern gefehlt hat, doch es war ihnen einfach unmöglich. Sie hatten kein Geld für Geschenke; denn dies reichte knapp zum Essen. — Nun werdet Ihr aber auch bemerkt haben, daß es nicht allen Kindern so geht! Andere Kinder bekommen alles was sie wünschen. Wer sind diese Kinder? Sind ihre Eltern auch nur Arbeiter, die die ganze Woche schwer arbeiten müssen um nur das zum Leben allernotwendigste zu verdienen. — Nein, ihre Väter sind diejenigen, die große Eigentümer besitzen. Der eine ist Guts- der andere Fabrikbesitzer, das sind die Kapitalisten. Sie lassen andere für sich arbeiten und verdienen dabei viel Geld. Diesen Verdienst bezeichnet man als Profit, der aus den Knochen der Proletarier herausgeschunden wird. Hieran seht Ihr, daß es zwei Klassen von Menschen gibt! Die eine ist die besitzende und die andere die besitzlose Klasse. Die besitzende Klasse hat alles im Ueberfluß, während die andere geknechtet, ein elendes Dasein führen muß. Dies ist das Proletariat, zu dem auch Ihr gehört.

Für Euch beginnt nun ein neuer Lebensabschnitt, ihr tretet jetzt ins praktische Leben, wie so schön gesagt wird. Eure Köpfe sind in der Schule vollgepfropft worden von den Illusionen und Hoffnungen und Ihr verlaßt zuversichtlich die Schule. Der Satz „freie Bahn dem Tüchtigen" schwebt unentwegt vor Eurem geistigen Auge. Doch bald, ja ich so bald werdet Ihr die große Enttäuschung erleben. Was Euch blüht ist nichts als Elend. Habt Ihr nun wirklich eine Lehr- oder Arbeitsstelle gefunden, so werdet Ihr bald die Fratze des Kapitalismus zu sehen bekommen. In dem Arbeitsverhältnis werdet Ihr Euch wie in Ketten gelegt und von einem Gefängnisaufseher zur Arbeit angetrieben vorkommen. Dort werdet Ihr Rücksichtslosigkeit und Brutalität kennen lernen. Aus Euren jungen Körpern wird man an Arbeitskraft herauspressen, was nur herauszupressen ist. Von Euch verlangt man Arbeit die ein Erwachsener machen müßte; denn Ihr seid billiger und schafft dem Unternehmer mehr Gewinn. Nicht nur der erwachsene Arbeiter wird ausgebeutet, nein auch gerade Ihr seid ein williges Ausbeutungsobjekt für den Unternehmer. — Und wie viele wandern gleich von der Schule auf den Arbeitsnachweis. Wie vielen kann das heutige Mordsystem überhaupt keine Arbeit geben. Jene jungen Proletarier müssen den Hungerriemen noch fester schnallen, als ihre Altersgenossen, denen es vergönnt war, sich verkaufen zu können.

Nun junge Proletarier überlegt! Muß es so sein, daß ein Teil der Menschen als Herrscher schwelgen und das Leben genießen, auf Kosten derer die ein Jammerdasein führen. Wir als Kommunistische Arbeiter-Jugend sagen nein und abermals nein. Die proletarische Klasse hat ein Recht zu Leben und muß deshalb gegen die Knechtschaft aufstehen. Junge und erwachsene Proletarier haben die Aufgabe, sich ihrer Kraft bewußt den Kampf für den Sturz der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzunehmen. Erst auf den Trümmern dieser Ordnung muß sich das Proletariat eine neue Welt aufbauen, **die klassenlose Gesellschaftsordnung, den Kommunismus.**

Die Kommunistische Arbeiter-Jugend hat sich die Aufgabe gestellt alle jungen revolutionären Proletarier zusammenzufassen und somit den Kampftrupp der Jungarbeiterschaft zu bilden. Sie hat weiterhin die Aufgabe, junge Arbeiter zu bewußten Klassenkämpfern zu erziehen und gemeinsam mit den erwachsenen Genossen der Kommunistischen Arbeiter-Partei dem Proletariat Weg und Ziel der Revolution aufzuzeigen.

Auf Jeden kommt es an, darum zögert nicht und reiht Euch ein in die Front des revolutionären Jungproletariats, die Kommunistische Arbeiter-Jugend.

Unser die Welt trotz alledem.

Kirche und Faschismus

Kursänderung in Spanien.

Die faschistische Diktatur in Spanien hat das Land in eine Situation gebracht, die ausweglos verworren ist. Wie rettungslos sich der Faschismus selbst in der Sackgasse fühlt dafür spricht die Tatsache, daß der Staat gegen ausländische Zeitungen vor ausländischen Gerichten um Schadensatz klagt, weil sie ihre Leser über Spanien falsch unterrichtet hätten. Eine Groteske, die politische Entartung in der „Geschichte" wird hier noch nicht fertiggebracht hat. Aber ein Beweis, daß selbst das konservative und liberale Geschäftsbürgertum des Auslandes von der Regierungsmethode Primo de Riveras abrückt. Der Boykott wirkt auch Faschismus ab. Der sprunghafte Kapitalismus geht an dem faschistischen Schutz zugrunde und reißt das ganze Land hinab in den Strudel.

Die Ursache ist natürlich die unheilbar zerrüttete politische Lage des Landes, die jedes Vertrauen, das spanische Importeure und Exporteure bisher noch hatten, im Auslande untergräbt. Die Unruhe, die alle Kreise des Landes erfaßt hat, nimmt zuschends zu. Die Arbeiterunruhen, die sich oft mit Dynamit und Bombe Luft machen, machen dem Diktator auch die wenigste Sorge, da er bei deren Unterdrückung alle „gutgesinnten" Bürger auf seiner Seite hat. Und Arbeiterblut ist ja so billig, in Spanien wie überall in der Welt. Gefährlicher sind schon die gar nicht mehr abreißenden Militärputsche, die mit ihrer Absetzung und Maßregelung von Offizieren im Gefolge die Auflehnung gegen den Diktator in die „besten" Kreise tragen.

Den einzigen zuverlässigen Freund, den der spanische Faschismus noch hat, ist der ultramontane Klerikalismus, das starr-bigotte, unversöhnliche Pfaffentum. Ja, in Wirklichkeit ist der Faschismus und Pfaffismus dasselbe. Die ganze Regierungskunst, die einst auf den Schutz des rücksichtslosen Ausbeutertums zugeschnitten war, ist heute nichts mehr als die Leibgarde des Jesuitentums. Das würde die spanische Politik auch bewiesen haben, auch wenn der römische Klerikalismus, den der Papst selbst in seiner äußersten Spitze verkörpert, sich nicht mit 88jähriger Feindschaft mit der bürgerlichen Welt mit dem Faschismus ausgesöhnt hätte; d. h. wenn auch der italienische Faschismus sich nicht so offen als Türhüter des „heiligen" Stuhls demaskiert hätte.

Die Aussöhnung Papst-Mussolini mag wohl der äußere Anstoß gewesen sein, daß Primo de Rivera jede Maske abwarf und sein Ziele nahe glaubte: Er glaubte sich, den römischen Schutz im Rücken, stark genug, jetzt auch die Hochschulen dem Jesuitentum auszuliefern, nachdem den niederen Schulen längst von dem Stiefel der Pfaffen die Paste ausgetreten ist. Als Anfang war gedacht, indem man die Jesuiten-„universität" von Deusto und die Augustiner„universität" im Escorial mit den staatlichen Hochschulen gleichstellte. Die beiden „Schulen", die erst letzt zu „Universitäten" emporgerückt sind, sind Pfaffenschulen ohne jeden wissenschaftlichen Unterricht, die hohlen Kopien ganz mechanisch kirchliche Exerzitien einpauken. Die Folge wäre natürlich, daß das in Spanien besonders unwissende Pfaffentum so nach und nach alle Lehrposten und Staatsämter annektiert hätte. Uebrigens ist es unschwer vorauszusehen, daß die beiden genannten Institute der Versuchsballon waren, um nach dem Gelingen auch alle anderen Universitäten unter die Kontrolle der Kirche zu stellen.

Diese letzte Heldentat Primos hat dem Faß den Boden eingeschlagen. Die Studenten der Madrider Universität traten auf den Plan. Mit harmlosen Demonstrationen zwar nur, mehr Bierulk als politische Geste. Primo aber ließ schließen und stechen. Die Professoren stellten sich auf die Seite der Studenten. Die Universität wurde polizeilich besetzt. Die Studenten streikten. Die Universität wurde geschlossen. So ging es im ganzen Lande. In ganz Spanien sind die Universitäten geschlossen. Studenten, Professoren, das ganze liberale Bürgertum steht gegen die Diktatur. Der Faschismus hält sich nur noch durch eine kleine Polizei- und Militärklique. In dem katholisch-religiösen Lande, die Kirche auf seiten des Diktators, ist das wirklich ein Zeichen, daß der Faschismus das Land in den Abgrund gewirtschaftet hat.

Den neuesten Meldungen, daß Primo nach seinem eigenen Dekret bald zurücktreten gedenke, darf kein allzu großes Gewicht beigemessen werden. Das Pfaffentum wird zu retten suchen was möglich ist und ein neuer Mann wird das Zie

Wer ist Lademann?

Von Seiten sozialdemokratischer Gewerkschaftsbonzen wird behauptet, daß seine politische Herkunft zweifelhafterer Natur sei. Der „Klassenkampf", Organ der KPD. Bezirk Halle-Merseburg, vom 7. März sieht sich daher gezwungen, Lademann als einen ihrer politisch wirksamsten Kampfverbündeten gegen die Angriffe der sozialdemokratischen Konkurrenz zu verteidigen. Unter dem Stimm „Kommunistenhetze als Ablenkungsmanöver" heißt es: „Die Empörung, die sich gegen Sauer richtet, versucht er in einem demokratischen Artikel der Mansfelder Volkszeitung vom 6. März abzuschwächen. „Wenn Sauer, gemäß der neuen Linie der Sozialdemokratie einmal von Lademann als roter Reichsgeneral und dann wieder als Baltikumkämpfer spricht, so beliebt er sich nur, Angst widerlegtem, bewußten Schwindel, Fabeln bei auch die Behauptung, Lademann hätte auf die Gewerkschaften geschimpft, Lademann hat vielmehr sehr deutlich betont, daß der Einzelne in die Gewerkschaften unbedingt Pflicht ist."

Wenn mit dieser Fetzchen und der „Klassenkampf" glaubhaft machen will, daß Lademann ein unbescholtener Politikus sei, so dürfte er sich wohl doch verrechnet haben. Die Arbeiterschaft, vor allem aber die Mansfelder Arbeiter, auf deren Kosten die dreckige Wäsche der Sauer und Genossen gewaschen wird, haben allen Grund, diese Barschen einmal genauer unter die Lupe zu nehmen. Gerade letzt, wo es gilt, die Kampffront der Mansfelder Arbeiter gegen die MAG-Parole aufzurichten, soll sie der schmierigen Führerkonkurrenz eine solche proletarische Antwort geben, daß ihr alle Lust am Wiederkommen vergeht. Daß dem Sauer und Konsorten die dunkle Gestalt eines Lademann gerade gut genug ist, die Arbeiterschaft für ihre arbeiterfeindliche Schacherpolitik zu ködern, wird nur der Arbeiter nicht begreifen, der vergessen hat, daß diese Geblüme schon 1921 gegen die internationalen „Verbrecher" hetzten und durch Hörsing-Söldlinge die revolutionären Festungen Mitteldeutschlands stürmen ließen.

Herr Lademann aber ist aus genau dem gleichen Holze dieser Revolutionsfeinde geschnitzten. Das Märchen vom roten Reitergeneral hat Lademann schon 1920 selbst kolportiert. Ob seine Rückkehr aus der russischen Kriegsgefangenschaft über die Baltikumbundler geführt hat, darüber wäre müßig zu streiten. Daß aber Lademann kein Revolutionär, sondern ein hundsgemeiner Feilding und Saboteur beim Abwehrkampf der mitteldeutschen Arbeiter 1921 war, das ist erwiesen. Zu jener Zeit war Lademann Vorsitzender der KPD.-Ortsgruppe Mansfeld. Als er dabei er nicht nur nicht zum Kampfe aufzurufen, sondern die Arbeiter der Kalischächte vom Kampfe zurückgehalten und das, während kaum eine Stunde von Rollfhen die bis Nobraer Arbeiter im blutigen Kampf mit der Sipo verwickelt waren. Als nach der Niederschlagung des isolliert gebliebenen Aufstandes Teile der Mansfelder- und Leuna-Arbeiter die Eisenbahn und die Kalischächte Rollfebens zwecks Sicherung ihres Rückzuges stillegten, da mußte dieser Bursche, wenn auch unfreiwillig, einmal die Arbeit ruhen lassen. Ueber seine Sabotage zur Rechenschaft gezogen, antwortete er, er habe keine Anweisung von seiner Zentrale erhalten. Dem „Revolutionär" Lademann ist das Sekretariat der Maschinengewerkschaft, die bis in seine Rollebener Penne drang, durchaus keine „Anweisung" zur Solidarität.

Und dieses Subjekt ist seit Jahr und Tag politischer Leiter der KPD. In Verfolgung seiner konterrevolutionären Linie erblickt er seine vorwiegende Aufgabe darin, solidarische „Renegenten" abzuschlachten und die gegen die Gewerkschaften meuternden Arbeiter wieder der Führerautorität gefügig zu machen. — Sache der Arbeiter selbst ist es, sich solcher Gestalten zu entledigen.

Wirtschaft

Zigarettenmisere

In der Zigarettenindustrie hat die Rationalisierung einen Grad erreicht, wo die tollsten Blüten getrieben werden. Die gesamte Industrie besteht in der Hauptsache zwar nur noch aus zwei nennenswerten Gruppen: Die durch Arbeitsgemeinschaft verbundenen Firmen Reemtsma, Hochgemuth, Joseph Manoli, Jasmazi, Adler, Delta, Sulima, Constantin, Yenidze und Haus Neuerburg (Haus Neuerburg, Zuban) auf der einen Seite und auf der andern Seite die „Vereinigung des freiwirtschaftlichen Zigarettengewerbes" (Abdulla, Laferdi, Batschari, Garbatty, Halpaus, Kyriazi, Frère, Massary, Nestor Gianaclis, Perusa, Problem, Bulgaria, Florida, Malkapar, Orienta, Lande, Casanova, Haus Bertsmann, Waldorf-Astoria, Cazaki, Eckstein). Diese enge Konzentration, so sollte man glauben, sollte genügen, die Konsumenten nach Strich und Faden zu schröpfen. Sie genügt auch. Die Ueberproduktion infolge Rationalisierung hat aber einen Umfang angenommen, daß die halbe Industrie stillgelegt werden müßte, um die Preise nach dem Geschmack der Zigarettenkönige hinaufzuschrauben. Und so werden denn die Riesengewinne, die man den Konsumenten abknöpft für erbärmliches Unkraut, im Konkurrenzkampf, in Reklame und Kundenjagd verpulvert.

Die beiden Gruppen verfolgen zwar dasselbe Ziel: Ausschaltung der Konkurrenz, um die Preise hochzutreiben. Dabei ist zwar auch schon verschiedentlich gelungen. Die hohen Preise gestatten aber, den Händlern, die man sich gegenseitig abzuwerben versucht, hohe Zwischengewinne und Rabatt zu gewähren. Diese hohen Händlergewinne wieder gestatten es jeden Kettenhandel, der eine Kontrolle unmöglich, aber Schleuderei möglich macht. So kommt es, daß der Konsument für minderwertige Zigaretten Preise bezahlen muß, die vielbeschäftigte Arbeiterschaft der Zigarettenindustrie schlecht entlohnt wird, der Handel infolge enormer Uebersetzung wenig verdient und die Industrie infolge nicht voller Ausnützung der Betriebe und der Riesenreklame trotz ihres Wachsens nicht auf die gewünschten Kosten kommt.

Die Zigarettenindustrie gibt dem Proletariat jedenfalls ein vorzügliches Beispiel, wohin die Rationalisierung letzten Endes notwendig führen muß. Die Ueberproduktion gerade ist es, die dem Handel hohe Zwischengewinne gewähren muß und so immer wieder unrentable Kleinbetriebe aufkommen läßt. Die große Uebersetzung in der Zigarettenindustrie hat es bewiesen gebracht, daß die einst sehr hohe Steuer herabgesetzt wurde und so auch der Staat nicht mal auf seine kalkulierten Steuern kommt. Die Industrie droht einfach mit Stillegung. Und um nicht der Bandlorenleuer verlustig zu gehen und obendrein noch die Arbeiterschaft erhalten zu müssen, hat der Staat bisher nachgegeben. Die Arbeiterschaft alleine ist es, die bei der kapitalistischen Ordnung die Kosten bezahlen muß.

Russenhölzer

Seit einigen Wochen sind russische Zündhölzer am deutschen Markt. Das hat lebhafte Unruhe hervorgerufen in der deutschen Zündholzwirtschaft". Diese „deutsche Zündholzwirtschaft" besteht aus einem einzigen Syndikat, in der „Deutschen Zündholzverkaufs-A.-G.", in Berlin, in dem die gesamte in Deutschland gelegene Zündholzindustrie zwecks Preisnovel verschlechtert haben. Konkurrenz durch neue Außenseiter ist in Deutschland (wie auch anderwärts) durch neue Außenseiter so gut wie unmöglich, da der Schwedentrust auch das Holz und die Maschinen beherrscht. Ein paar Mal war es Außenseitern unter umgehenden Unkosten gelungen, neue Fabriken zu errichten. Sie fabrizierten zwar nur einige 100 Kisten (gegen rund 15 000 des Syndikats), Herr Kreuzer kaufte sie aber sofort zu sehr hohen Preisen auf und legte sie still.

Da die enorm hohen Preise in Deutschland alle Unkosten und Lohn zuzüglich Gewinn vertragen, ist es dem „Zündholzsyndikat Moskau U. d. SSR." gelungen, am deutschen Markt Fuß zu fassen. Rußland produziert infolge seiner technischen Rückständigkeit zwar sehr teuer und die Hölzer sind durchaus nicht erstklassig. Bei den Wucherpreisen in Deutschland verdienen sie aber immer noch sehr gut und den miserablen deutschen Hölzern, die der Michel fürlieb nimmt, ist das russische Produkt mindestens ebenbürtig. Da die Russen an die Händler billiger verkaufen als das deutsche Syndikat, finden sie glänzende Aufnahme. Das ist es, was dem Herrn Kreuzer lebhafte Unruhe macht.

Bei den deutschen Preisen kann man nicht mal sagen, daß Rußland den Konkurrenzkampf auf Kosten seiner Arbeiter führt. Es wäre also zu wünschen, daß Rußland sein deutsches Zündholzgeschäft recht forcieren möchte, wenn — ja wenn diese Konkurrenz zur Preisermäßigung und Qualitätsverbesserung führen würde. Rußland hätte es durchaus in der Hand, in Deutschland die Preise zu senken. Denn die erzielten Preise in Deutschland würden es ihm erlauben, jedes Kapital in seine Industrie zu stecken. Es liegt aber gar nicht in der Absicht Rußlands, den deutschen Arbeitern die Zündhölzer zu verbilligen. Der Beweis dafür ist der soeben abgeschlossene Petroleumfriede mit dem englischen Petroleumkapital.

Auch mit Petroleum resp. mit Petroleumfabrikaten, Benzin, Benzol, Gasolin etc. fing Rußland an zu schleudern, bis die gesamte ernstlicher Preissenkung für das Kapital unausweichlich war. Dann nahm der „einzige Arbeiterstaat" mit seiner Quote fürlieb und teilte sich die Ausplünderung der Konsumenten mit dem privaten Petroleumkapital. Deshalb wird die lebhafte Unruhe auch sehr bald von Herrn Kreuzer auf die deutschen Konsumenten hinüberwechseln.

Zur Reichskonferenz

Noch ein Diskussionsertrag

Aus Bonn erhalten wir noch folgende Erwiderung auf den Artikel „Die Thesen des RAA.":

Der Hamburger Genosse bemängelt an den Thesen des RAA., daß jene „nicht von der allgemeinen Behauptung über ‚Todeskrise' ausgehen, er ist einverstanden, daß keine Thesen von den Moskauern sagen, daß ihre „relative Stabilisierung" eine halbe Wahrheit und damit ganze Lüge ist", um im nächsten Satz die Feststellung zu machen, „daß die ganze Wahrheit auch dort nicht vorhanden ist, wo man sich nur an ihre bessere Hälfte hält." Er schreibt weiter: „Es kommt eben darauf an, den kapitalistischen Wiederaufbau im Prozeß eines Niedergangs zu sehen".

Hier drängt sich jedem unbefangenen Gen. die Frage auf, in welchem von diesen drei Zuständen denn der Hamburger Gen. den Kapitalismus sieht? Von dieser drehscheibenartigen Plattform seiner Visionen aus, Kritik an den Thesen des RAA. zu üben, ist, gelinde gesagt, Kinderspiel.

Doch da dieser Gen. vor lauter Bäumen den Wald nicht zu sehen vermag, klammert er sich krampfhaft an die Bäume, und sieht in diesen und ihren Wechselwirkungen zueinander, in Raum und Zeit, und ihrer Umgebung, und dem, was sich das Wild, der Förster, der Hegerr und Hofjäger dazu denken, das Wesentliche, aus der heraus die allein richtige Taktik der Union zu entdecken sei.

Vom Sturmwind, welcher Bäume zu entwurzeln vermag, weiß dieser Gen. nichts. Der ist ihm ein „Ding an sich" nach Kant.

Das „Ab- und Zertreten der Arbeitslosen auf Land zu Land" drängt ihm die Erkenntnis auf, „daß von einem einheitlichen Niedergang des Weltkapitalismus noch nicht tatsächlich, sondern nur im letzten Sinne einer internationalen Verknüpfung der hochkapitalistischen Wirtschaft die Rede sein kann".

Armer Genosse, du befindest dich aus deiner Todeskrisenkrankheit heraus in deren Rekonvaleszenzzustande, und da passiert dir das Malheur, daß dir kapitalistische Wirtschaft mit Wirtschaft verwechselt, nicht mit ökonomischen und auch nicht mit politischen. Gen., Schwerthiebe sind auch reale Tatsachen. Der, den sie treffen, kann daran sterben. **Der Imperialismus ist aus dem kapitalistischen Produktionssystem, als sagen wir dieser Tendenz nach Rosa Luxemburg 1913 wissenschaftlich nachgewiesen worden.** Unserer Generation verhielte die Aufgabe, es wissenschaftlich wie politisch nachzuweisen, wie sich der Niedergang und die Weiterentwicklung des Kapitalismus engewirkt hat, dessen moderne Kriegswaffen, um ein Beispiel anzuführen, als maschinelle, chemische oder bakteriologische Waffen von nachweisbarer anderer Art sind als 14—18.

Was uns Unionisten an all den zweifel interessiert, ist, **mit welchen Methoden und Mitteln wir am besten den Sturz des Kapitalismus beschleunigen können.** Zu diesen Dingen allerdings hat der Hamburger Genosse selbst von seiner dreifachen Plattform aus nichts, rein gar nichts gesagt.

Interessant ist die illustonäre Feststellung des Gen., daß die Gewerkschaften in Opposition gedrängt werden können. Um welchen Oppositionsgrad muz es sich da handeln? Wie lange mag der Kapitalismus da noch leben? **Wenn der Hamburger Gen. imstande ist, präzise den Grad der neueren Gewerkschaftsopposition anzugeben, dann ist verständlich, warum er die „starre Taktik" der Union empfiehlt. Aus dieser Auffassung heraus spricht der Glaube, daß die Gewerkschaften, durch revolutionäre Kampfmittel gedrängt der Gen. nicht, daß die Union der Gewerkschaft revolutionäre Konkurrenz macht.**

Wie naiv, mit dem Wort „Konkurrenz" oder „Gewerkschaftsersatz" die Genossen sehen zu machen. Ist die KAPD. vielleicht kein Parteiersatz, bietet sie der SPD und KPD. keine Konkurrenz im Kampf um die Seele und die Hirne des Proletariats?

Entscheidend ist der Charakter dieser Konkurrenz, den die KAPD. in den Jahrzehnt den Reformisten- und Bürgerparteien gemacht, und genau so entscheidend ist der Charakter des „Gewerkschaftsersatzes", den die Union auszufüllen sich verpflichtet fühlt. Für KAPD. und Union handelt es sich um die Fortsetzung ihrer revolutionären Eigenart gegen die Reformisten und auf Kosten der Reformisten. Der Sinn dieser Demagogie ist, den Thesen des RAA. zu unterschieben bewußt oder unbewußt, daß ihr einziger Sinn und Zweck sei, unter Ausschaltung des obiven „Widersprüchen" eine Gewerkschaft zu werden, wie der ADGB. da gelben, die Christen, die industrieverbände und Syndikalisten es sind.

Diese Unterstellung ist aber nur darum möglich, weil der Hamburger Gen., trotzdem er in Deutschland und nicht in der USA. wohnt, von jenen obigen „Widersprüchen" nichts versteht.

•

Bezirkskonferenz Rheinland

Sonntag, den 10. 3. fanden sich die Delegierten des obengenannten Bezirks in Düsseldorf zusammen. Vertreten waren alle Ortsgruppen, außer den Entschuldigten: Barmen, Ronsdorf und Nachrodt. Ferner waren anwesend ein Vertreter der AAU.-Ruhrgebiet und ein Vertreter der KAP. von Ruhrgebiet und Rheinland. Nach Regelung Konferenzsecher Angelegenheiten wurde in die festgelegte Tagesordnung eingetreten. Der BAA. gab Kassen- und Tätigkeitsbericht. Die finanziellen Verpflichtungen der Ortsgruppen waren gegenüber dem BAA. sehr befriedigend, und wurde dem Kassierer und Revisoren Entlastung erteilt. Jedoch fällt der Tätigkeitsbericht sehr viel zu wünschen übrig. Einen nennenswerten Mitgliederzuwachs sei der letzten Konferenz konnte nicht gebucht werden. Immerhin zeigte der Bericht der anwachsenden Gruppen, daß man sich der Hoffnung hingeben darf, daß in Zukunft die Arbeits-Ausschuß wirklich seinem Namen nach gerecht besteht und der Bezirk an Mitgliederstärke zunehmen wird. Nach dem Referatern der Gen. N. und Fr. über politisch-wirtschaftliche Lage und Taktik der Union wurde der Tagungsort lebendiger, besonders über den Punkt Taktik. Zum Teil vertrat man den Standpunkt der KAZ. Nr. 5. Die Aussprache ergab aber eine Einigung, daß versucht werden soll, Reichsinitiative zu entfachen, um ein Teil der Taktik, wie sie in den Thesen festgelegt sind, in ihrer praktischen Auswirkung zu sehen. Die Abstimmung zeitigte eine einstimmige Annahme der Thesen des RAA. Zum nächsten Punkt: Innerorganisatorisches — schilderte der Vertreter des Ruhrgebiets den Gang unserer Entwicklung seit der Entschiedenen Linke, den Fall Schmidt und den jetzigen Fall Schwarz. Die Aussprache ergab, daß die Union nichts mit dem Fall Schwarz zu tun hat, da selbiger nicht Mitglied der Union ist, noch war. Was die beiderseitigen Anschuldigungen der Reichskörperschaften angeht, muß erst durch die Zentralausschußsitzung der Partei Beweiskräftiges bewiesen werden, Dem RAA. können die Delegierten augenblicklich ein Verschulden nicht nachweisen und nachsprechen. So wurde laut Antrag beschlossen, die Partei möge erst ihre Sache klären, und die Resolution gegen den RAA. bekräftigen, vorläufig jede Debatte abzubrechen im Interesse der Union. Der Vertreter der Partei Rheinlands gab darauf folgende Erklärung ab: Daß sie alles einsetzen werde, um die Ausschließungen beider Körperschaften zur Klärung zu bringen. Es ist jedoch eine Vergewaltigung der Partei hier auf der Konferenz nach Anhören der einen Seite durch Schlußantrag die Partei nicht zu Worte kommen zu lassen. Die Kampfgemeinschaft im Bezirk ist trotzdem dadurch nicht gelöst worden. Zur Reichskonferenz wurden 3 Delegierte verteilt auf folgende Ortsgruppen Düsseldorf, Bonn und Benrath gewählt. Mögen die sonst gemachten Vorschläge nicht bloß leere Worte bleiben, dann können wir die kommende Konferenz hoffnungsvoller entgegensehen. Anzunehmen wurden folgende Anträge: Die Umlage bei Streiks ist wie folgt zu staffeln:

Bei einem Wochenverdienst bis	35 Mark	0,50 Mark
Bei einem Wochenverdienst bis	50 Mark	1,— Mark
Bei einem Wochenverdienst über	50 Mark	1,50 Mark

Sollte sich ergeben, daß die einzelnden Solidaritätsgelder im Verhältnis zur Zahl der in einem Kampf befindlichen Gen. zu hoch oder niedrig sind, so kann der RAA., nachdem er einen Bericht über den im gemachten Angaben über die Gesamt-Mitgliederzahl dieses festgestellt hat, die Umlage im notwendigen Maße prozentual erhöhen oder erniedrigen. Jedoch muß die bisher angewandte Norm, daß 20 arbeitende Genossen soviel aufzubringen haben, daß ein Kampf stehender Genosse unterstützt werden kann, möglichst eingehalten werden.

Bei Antrag 2 des Ruhrgebiets (siehe Kampfruf Nr. 9) ist hinter — soweit in der Praxis als auch in ihrem Programm — folgendes zu setzen: Zu diesem Zweck müssen die erwerbslosen Unionisten in BO. zusammengefaßt werden. Die BO. müssen an bestehenden antigewerkschaftlichen, parlamentarischen Erwerbslosen-Ausschüssen teilnehmen. Die Kurz-, Notstands- und P

„Kommunistenbetrieb" und für die ungerechte politische Maßregelung den Kampf aufzunehmen, und er bestand sich, daß er doch im Buchdruckerverband noch sozialdemokratische Zunftgenossen hat, und daß der Vorstand ihm dankbar für das Material gegen seine KPD.-Konkurrenten ist. Die Gewerkschaftsbesitzer kennen aus der Praxis heraus ihre leninistischen Pappenheimer, stellten deshalb an den Thälmannbetrieb Forderungen, welche die Gewerkschaftsbürokratie sonst bei allen anderen „Arbeitskonflikten" gern vergißt. Die bewährten Berufsrevolutionäre der KPD. wollten mit dem Buchdruckerverbandsvorsitzenden ein Tänzchen wagen, letzterer ließ aber kurzerhand den „Arbeiterbetrieb" für Buchdrucker sperren. Jeder Mensch hätte geglaubt, daß doch die geeinigte leninistische Kämpferbelegschaft dem oben genannten Zunftverband eine Niederlage beigebracht hätte, aber statt dessen mußten die Ekkigetreuen am Streiktag-Morgen erleben, daß sich elf Spezialkräfte des Betriebes mit Birnbaum solidarisierten, und die getreuen Stalinisten machten, wie nicht anders zu erwarten, die sozenannten Arbeitswilligen (Streikbrecher). KPD. und Technische Nothilfe hatten wieder einmal versucht, Arbeitsgemeinschaft auf höherer Basis als 1923 zu errichten. Diese Arbeitsgemeinschaft drohte nach zwei Stunden auseinanderzufallen, denn die leninistischen Streikbrecher bekamen Angst, sie könnten aus ihrer Zunft verlegt werden und zogen es deshalb vor, vor dem Gewerkschaftsbesitzer zu Kreuze zu kriechen, und die folgenden Forderungen bereitwilligst und sofort zu erfüllen: „Der Setzer Birnbaum wird zu den alten Bedingungen wieder eingestellt, die Betriebsleitung verspricht, dafür Sorge zu tragen, daß solche Fälle wie dieser, nicht mehr mit Entlassungen enden, und ferner, jede Streitigkeit, gleich welcher Natur, von dem Buchdruckervorstand geschlichtet und das Ergebnis unbedingt erfüllt und durchgeführt werden muß."

Die KPD. will bekanntlich die Gewerkschaften erobern. Dieser Fall zeigt aber deutlich und klar, daß sogar die KPD.-Zeitungsbetriebe faktisch in gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Händen liegen, und kein Vorgleich wird es dauern, daß Amsterdam und Moskau sich in einem organisatorischen Misthaufen besser gefallen als getrennt. Zu erwähnen wäre noch, daß die elf Brandlerleninisten mit sofortiger Wirkung aus der Partei ausgestoßen wurden. Doch der Vorsitzende dieser Partei wird nicht ausgestoßen, wenn er auch ab und zu mit der Parteikasse in Konflikt kommt.

Leipzig

Betriebsrätewahl bei der Straßenbahn.

In der „Arbeiterpolitik", dem Organ der sächsischen Brandlerianer stimmen die freigewerkschaftlichen Betriebsräte der G. d. St.: Kästner, Bieber, Rothe usw. ein Wehgeschrei über die Methoden des „Roten Straßenbahners" (Betriebszeitung der KPD.) an. In diesem „R. S." führe der „ultralinke" Otto Herrmann zum Gaudium des reaktionären Stadtrates Böhme eine Hetze gegen den freigewerkschaftlichen und rechten Betriebsrat der Leipziger Straßenbahn. Mit keinem Worte würden die Unternehmer angegriffen, sondern das ganze Trommelfeuer des Z-K-Helden richte sich gegen den Betriebsrat. Zum Schluß rufen die Kästner u. Co. zum Kampf gegen diesen „Gipfel der moralischen Verkommenheit" auf, zur Einheitlichkeit und Geschlossenheit.

Dieses Manöver der Brandlerianer in dem Straßenbahner-Betriebsrat soll weiter nichts bezwecken, als die Belegschaft der G. L. Str. von der Niederlage der letzten Lohnbewegung abzulenken und so sich das Vertrauen der Straßenbahner zu ergaunern.

Der ganze Schleim der Kästner u. Co. über Spaltung und wieder Spaltung ist leeres Stroh. Die Spaltung des Straßenbahnerpersonals, wie sie jetzt besteht, kann nicht schlimmer werden. Da ist ein Teil im DMV., der andere im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, andere im DVB., im Verband der Maler und Lackierer usw. Jeder Verband hat seinen ganze Trommelfeuer des Z-K-Helden richte sich gegen den Betriebsrat. Zum Schluß rufen die Kästner u. Co. zum Kampf gegen diesen „Gipfel der moralischen Verkommenheit" auf, zur Einheitlichkeit und Geschlossenheit.

Dieses Manöver der Brandlerianer in dem Straßenbahner-Betriebsrat soll weiter nichts bezwecken, als die Belegschaft der G. L. Str. von der Niederlage der letzten Lohnbewegung abzulenken und so sich das Vertrauen der Straßenbahner zu ergaunern.

So konnte es bei der letzten Lohnbewegung geschehen, daß das Werkstättenpersonal in Streik trat, das Fahrpersonal weiterarbeitete und schließlich ausgesperrt wurde. Es kam sogar soweit, daß die Werkstättenarbeiter nicht in die Versammlungen des Fahrpersonals durften und umgekehrt. Und da wimmern die Kästner, Bieber u. Co. über Spaltung, die sie selber durch ihre Gewerkschaftszugehörigkeit unterstützen.

Da wimmern sie über Herrmann, der im „Roten Straßenbahner" anstatt gegen die Unternehmer und Stadträte über seine eigenen Gewerkschaftskollegen herzieht. Meint Kästner Moritz vielleicht, als Betriebsrat eine andere Rolle spielen zu können, denn die des Unternehmerbüttels; wir glauben, daß er das Betriebsrätegesetz und vor allem den Schandparagraphen 66 kennt!

Denlenigen Kollegen, die aber noch immer gesetzliche Betriebsräte wählen und nicht wissen, daß sie dabei das Kalb sind, das sich seinen Metzger selber wählt, sagen wir nur, daß nach § 66 „der Betriebsrat verpflichtet ist, den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren". Und dies alleine dürfte wohl jedem klassenbewußten Proleten genügen, es abzulehnen, den Betriebsräteschwindel der Kästner und der Herrmann, sowie der Gewerkschaften mitzumachen.

Straßenbahner! Macht Schluß mit dem organisierten Arbeiterverrat der Gewerkschaften und der Betriebsräte. Schluß mit dem halben Dutzend der Berufsverbände, die Eure Kämpfe zersplittern und verraten.

Bildet eine Betriebsorganisation! Schließt Euch ohne Unterschied des Berufes in der AAU. zusammen! Nehmt Euer Geschick selbst in die Hand! Sabotiert die Betriebsrätewahlen!

Auskunft erteilen die Kolporteure des „Kampfruf" und die Funktionäre der AAU.

Gelsenkirchen

Am Samstag, den 9. 3. fand Im Lokal Koklewey Buer eine öffentliche Versammlung der Erwerbslosen statt, auf Veranlassung der AAU.-Genossen. Der Erwerbslosenausschuß Siebert sprach zur Erwerbslosigkeit im Sinne der KPD. Ein Genosse der AAU. beleuchtete die Ursachen der Erwerbslosigkeit und den Ausweg, dann machte Siebert bekannt, daß man Forderungen stellen soll an die Stadtverwaltung wegen einer Osterbeihilfe für alle Erwerbslose. Ein Genosse der AAU. nahm Stellung zu den Forderungen, legte klar, daß der kapitalistische Staat grundsätzlich nicht die Forderungen erfüllen kann, wenn Forderungen gestellt werden, müssen sie mit antigesetzlichen Mitteln erkämpft werden, gemeinsam mit der Arbeiterschaft im Betrieb. Dieser Kampf muß antiparlamentarisch, antigewerkschaftlich und antigesetzlich geführt werden. Es sprachen dazu noch zwei erwerbslose Kollegen im Sinne der AAU. Es wurde dann beschlossen, an die Betriebsräte der Schachtanlagen sich zu wenden, um mit ihnen zu besprechen die Kampfmaßnahmen für die Forderungen der Erwerbslosen. Weiter wurde beschlossen, daß die Erwerbslosen an die Zechentore demonstrieren sollen nach der Schicht, die Arbeiterschaft auffordern, gemeinsam mit den Erwerbslosen zu kämpfen. Dann soll nächste Woche eine große Kundgebung stattfinden mit den Arbeitern aus den Betrieben auf dem Marktplatz. Ein Genosse der AAU. sprach nochmals dazu und legte dar, wie gekämpft werden muß.

•

Der Schwindel der Betriebsrätewahlen und Gesetzlichkeit.

Dieses Thema wurde in einer öffentlichen Versammlung der AAU. im Lokal Kaldeway am Samstag, den 16. 3. behandelt. Ein Genosse der AAU. sprach grundsätzlich zu der Gesetzlichkeit im kapitalistischen Staat überhaupt. Zeigte an Hand des Betriebsgesetzes, was der Betriebsrat im Betrieb ist, nichts weiter wie der Polizeihund im Interesse des Geldsackes. Auch die Parole der KPD. „Wählt revolutionäre Betriebsräte" ist konterrevolutionär, denn faktisch müssen sie sich dem Betriebsrätegesetz beugen. Die Vergangenheit hat im Ruhrgebiet praktisch gezeigt, daß die meisten Betriebsräte der KPD. echte Reformisten wurden und führen nur die Parolen der Gewerkschaften durch. Die Gesetzlichkeit in der Arbeiterbewegung führt die Arbeiterschaft zurück ins kapitalistische Joch, darum lehnen wir die gesetzlichen Betriebsräte ab. Nur revolutionäre Vertrauensleute, die der Belegschaft verantwortlich und jederzeit abberufbar sind, dürfen wir wählen. Der Zusammenschluß in Betriebsorganisationen, wie es die AAU. propagiert, zeigt den Ausweg aus dieser kapitalistischen Hölle. Die Diskussion war sehr rege, es sprachen 3 Arbeiter dazu. Gegner sind nicht erschienen trotz Aufforderung, sie können auch unser Programm nicht widerlegen, denn wir lassen die Tatsachen sprechen.

Zum Schluß machte ein AAU.-Genosse bekannt, das der Erwerbslosenausschuß KPD. die Beschlüsse der Versammlung vom 9. 3. sabotieren und keinen antigesetzlichen Massenkampf für die Forderungen der Erwerbslosen durchführen will. Siebert soll erklärt haben, wir demonstrieren wenn Stadtverordnetensitzung ist für unsere Forderungen. Das ist die alte KPD.-Methode, die kein Mensch ernst nimmt. Arbeiter von Gelsenkirchen-Buer, geht diesen Radikalreformisten der KPD. den Fußtritt, schließt euch uns an und kämpft um die wahre Befreiung der Arbeiterschaft vom Kapitalismus.

Die Antwort der IWW.

(Schluß.)

Politik und die IWW.

Wir entnehmen dem AAU.-Artikel: Wir verstehen, daß parlamentarische Korruption leicht zu Mißverständnissen über Parteien und Führerschaft führt und die Frage, ob die AAU. in ihrem Kampf gegen die kapitalistische Demokratie auch die politischen Parteien als solche verneinen soll, hat eine ebenso wichtige Rolle in der Geschichte der Union gespielt, wie früher bei der IWW. —

Politische Parteien haben niemals eine große Rolle in der IWW. gespielt. Als sie 1905 organisiert wurde, sollte sie die wirtschaftliche Organisation der Arbeiterklasse ohne Verbindung mit irgendeiner politischen Partei sein. Aber Politiker sind genau so wie alle anderen Parasiten und es gelang ihnen, einen harmlos kleinen Nagel in die Prinzipien der neuen Organisation zu pflanzen. Da die IWW. einen gesunden Körper und reine Gewohnheiten hat, war sie nicht der geeignete Boden, um diese Parasiten zu vermehren. Sie schufen für einige Jahre einige Schmerzen und wurden dann alle aus unserer Organisation ausgeschlossen. Seitdem sind wir kaum von diesen Insekten gequält worden.

Aber um weiter zu zitieren: „Wie der Syndikalismus den politischen Kampf nur als parlamentarische Komödie kennt und die wirtschaftliche Aktion als den Weg zur Befreiung proklamiert, so entnehmen wir aus der Antwort der IWW., daß ihre Ablehnung der Partei gegen die Aktion der Straße, also gegen den politischen Kampf überhaupt gerichtet ist. Unsere aufmerksame Lektüre ihrer Presse hat uns aber gezeigt, daß die IWW. es wohl versteht, die bestreikten Betriebe von außen und von der Straße zu bewachen. Wir haben gesehen, daß die streikenden Colorado-Bergleute die Solidarität von außen erzwangen und daß sie nicht einfach mit gefalteten Armen als Zielscheibe für die Soldaten dienten."

Unter Politik läßt sich viel verstehen. Von dem obenstehenden ist es klar, daß für unsere deutschen Arbeiterkameraden jede menschliche Handlung, die sich außerhalb des Betriebes abspielt, politische Aktion ist. Wenn Du eine geschäftliche Sitzung der Union abhältst, ist es Politik. Wenn Du einen bestreikten Betrieb mit Posten belegst, handelst Du politisch. Gemäß einer solchen Definition vollziehst Du auch dann eine politische Handlung, wenn Du ein Wurstbutterbrot kaufst, denn mit einem Teil Deines Nickels bezahlt der Wurstständler seine Steuern, die Regierung wieder benutzt einen Teil dieser Steuern zur Fabrikation von Waffen, um Soldaten zu kaufen und Chinesen oder Nicaraguaner zu zivilisieren. In diesem Fall brauchen wir kein Lexikon oder gemeines Wörterbuch. Mit dem Worte politisch wäre jede menschliche Handlung außer der direkten Schlenderei im Betrieb bezeichnet. Diese allein ist wirtschaftliche Aktion nach den Argumenten der AAU.

Aber in diesem Falle würde auch das Wort Politik seine Bedeutung verlieren und alle Auseinandersetzungen über Wirtschaft und Politik wären sinnlos. Karl Marx sagte in seinen philosophischen Schriften, daß jeder Klassenkampf ein politischer Kampf sei und politische Macht — mit Recht so genannt — ist nur die organisierte Macht einer Klasse, die andere zu unterdrücken. Dementsprechend ist die IWW. eine politische Partei. Die Standard Oil-Gesellschaft, der Stahltrust, die Allgemeine Moor-Gesellschaft sind alle politische Parteien, während die Demokraten, Kommunisten, Republikaner und Sozialisten überhaupt keine politischen Parteien sind. Die IWW. ist eine wirtschaftliche Organisation! Aber mit Ausnahme einiger weniger Philosophen gebraucht heute die Welt das Wort Politik nicht im Marxschen Sinne, und wir kämpfen nicht um Worte und Wortdefinitionen, sondern stehen im Klassenkampf; unsere Tätigkeit vollzieht sich in den Wirtschaftsweisen auf dem Boden der Wirtschaft um wirtschaftlichen Gewinn.

Alle Tätigkeit unserer Industrie-Unionen außerhalb der Betriebe, die Agitation, Herausgabe von Literatur und Streikpostenstehen, sowie die gesetzmäßige Verteidigung der Kameraden, die in die Klauen der Justiz der Gerichtshöfe der Herrenkaste gefallen sind, sind sämtlich notwendige und entsprechende Teile unserer Betriebs- oder wirtschaftlichen Aktivität und nicht davon zu trennen. Sie haben alle nur den Zweck, unseren Zielen auf dem Boden der Wirtschaft zu dienen und nicht irgendeiner außenstehende Körperschaft zu behaupten, die kapitalistische Staatsmaschine oder Teile davon zu erobern.

Deshalb ist die IWW. eine wirtschaftliche Organisation der Arbeiterklasse. Die Methode der IWW., ihre Ziele zu erreichen, ist, durch die Organisierung der Macht der Arbeiterschaft als Arbeitende, diese Macht zu bemanzen, um die Ziele und Bestrebungen der Arbeiterklasse zu verwirklichen. Die IWW. nimmt den Standpunkt ein, daß die Arbeiterklasse keine politische Partei nötig hat: Weder um sie zu beschützen, sie zu erziehen oder zu leiten. Wie der Glasgower antiparlamentarische Kommunist sagt: Politische Organisationen verwirren und demoralisieren das Arbeiterheer, das gerade bestrebt ist, sich zu befreien. Politische Organisation hält den Wunsch zu kämpfen zurück und erzeugt den Bühnenkampf, Worte, Worte, Worte. Laßt von ihnen und baut die direkte wirtschaftliche Organisation der Emanzipation auf! —

Der Fall der italienischen Metallarbeiter.

Das Schreiben der AAU. zieht die Episode der italienischen Metallarbeiter heran. Das ist ein sehr armseliges Argument zugunsten einer politischen Aktion und wir wundern uns, daß es herbeigezogen wird. Die Metallarbeiter Norditaliens waren gut organisiert, sowohl in Unionen, als auch in politischen Parteien. Die italienische sozialistische Partei war Moskau angeschlossen. Die beiden italienischen Arbeiterverbände arbeiteten harmonisch zusammen. In Wahlperioden kam es häufig innerhalb dieser Verbände zu Streiks, um das Drucken von Zeitungen zu verhindern und so die kapitalistische Wahlpropaganda zu unterbinden. In vielen Häfen weigerten sich die Seeleute, auszulaufen, daß die Transportarbeiter nicht der Gelegenheit für die Arbeiterkandidaten zu stimmen beraubt werden sollten. Nur Sozialistische und Arbeiterzeitungen wurden gedruckt. Der revolutionäre Geist lebte unter den italienischen Arbeitern. Sogar die Bauern und Kleinbürger waren auf ihrer Seite. Dann kam der Streik in der Metallindustrie und es kam zu einem Feldschlag. Die Arbeiter übernahmen die Betriebe, der Streik fing an, sich zu verbreitern und „auszuweiten". Bauern nahmen das Land der Großgrundbesitzer in Beschlag. . . . Schließlich ging alles in die Brüche und fand seinen Höhepunkt in Mussolinis faschistischer Aera. Warum schlug die Bewegung fehl?

Verrat und Politiker.

Wir wollen nicht behaupten, daß Italien sich als proletarische Republik hätte halten können, da es ringsherum von kapitalistischen Staaten umgeben ist, und außerdem in seiner Versorgung mit Nahrungsmitteln, Rohmaterial und Brennstoff von anderen Ländern abhängt, die unter Kontrolle der Kapitalisten stehen. Aber der Kampf brach zusammen, ehe diese Drucknitte auf die revolutionäre Bewegung Italiens losgelassen waren. Warum?

Die Arbeiterbewegung Italiens war um zwei Zentralorganisationen gruppiert: Eine syndikalistische und eine sozialistische. Aber unter dem Einfluß der russischen Revolution arbeiteten die Mitglieder der beiden Organisationen harmonisch zusammen. Als sieauf der Höhe des Erfolges ihrer Besetzung der Betriebe waren, traten die zahlreichen sozialistischen Abgeordneten auf und erklärten, daß sie ihre Posten nicht halten könnten und rieten ihnen mit aller Schärfe, mit den Eigentümern der Betriebe Frieden zu schließen. Im großen ganzen wollte die Streiker davon nichts wissen. Aber eine beträchtliche Anzahl der Mitglieder der Unionen, die unter sozialistischem Einfluß standen verloren den Mut und zerbrachen die Fronten. Die politischen Führer waren das Instrument, das die Solidarität der Streiker zerschlug. Die Syndikalisten setzten mit einem Teil der sozialistischen Kampfmitglieder den Kampf fort. Aber bald machte sich der Schaden, der durch die sozialistischen Politiker angerichtet war, fühlbar und der Kampf wurde zu einem verzweifelten, aber verlorenen Schlag.

Lenin selbst nannte diese sozialistischen Politiker die Verräter der italienischen Arbeiterrevolution und schloß eine halbe Dutzend von ihnen aus der Partei aus. So kann man mit einem gewissen Recht behaupten, daß die Revolution ohne die verräterischen Arbeiterpolitiker siegreich gewesen wäre. Aber gewiß ist keine Grundlage dafür vorhanden, daß die Revolution mißlang, weil die Arbeiter nicht die Regierung ergriffen.

Schlußbetrachtung.

Arbeiter, Kameraden der AAU.! Ihr batet uns, Eure Schriftstück zu veröffentlichen und es vom Standpunkt der IWW. zu beantworten und zu kritisieren, damit Eure Mitgliedschaft und die anderen deutschen Arbeiter mit den verschiedenen Phasen der revolutionären IWW. bekannt werden würden.

Wir kamen Eurem Verlangen nach, soweit es in einem Zeitungsartikel zu erfüllen ist, Einiges, was wir gesagt haben, mag Euch hart erscheinen. Aber wir von der IWW. haben keine Diplomatenschule besucht, unsere Schulung wurde im bitteren Kampf uns Dasein erlangt. Das ist das Los der Proletarier allen Weiteilen. Wir haben das feste Vertrauen, daß die Differenzen, welche gegenwärtig zwischen den Ansichten der IWW. und der AAU. bestehen, schließlich und sehr bald verschwinden werden und daß die Zeit nicht fern ist, wo wir in derselben revoutionaren Arbeiter-Union uns zusammenfinden. Kämpfen nicht nur für dieselben Ideale, sondern mit vollem Verständnis für die gegenseitigen Probleme. „Das Leid des einen ist das Leid aller", sagt unsere Prinzipienerklärung. Die Arbeiterklasse ist wie der Kapitalismus nur eine über die ganze Welt. Deswegen sollte die proletarische Klasseneinheit international sein.

Die IWW. sendet ihre revolutionären Grüße dem revolutionären Proletariat Deutschlands!

(Unterschrift.)

Mitteilungen

Reich

Chemnitz.

Die öffentlichen Diskussionsabend finden regelmäßig alle 14 Tage Sonnabends, 20 Uhr, im Gasthaus zur Linde, am Theaterplatz, statt.

Weißenfels.

Die Zusammenkünfte der KAP. und AAU. finden jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, im „Klosterbräu", Marienstr. (ehemaliges Gewerkschaftshaus) statt.

Mainz.

Alle vierzehn Tage Diskussionsabend Freitags ab 8 Uhr im Lokal „Stadion", Bingerstr., wo auch unsere neuesten Zeitungen ausliegen. Für rheinfahrende Schiffer zur besonderen Beachtung.

München.

Jeden Samstag Vortragsabend. Thema: Die Taktik der Union und KAP. Proletarier aller Richtungen sind hierzu eingeladen.

Jeden Mittwoch Jugendversammlung mit Vorträgen über alle Tagesfragen, in der Ausgustiner Klause, Baaderstr. 66. Anfang aller Vorträge 8 Uhr. Kein Trinkzwang.

Provinz Brandenburg

Achtung Finowtal.

Am **Sonntag, den 7. April,** 9,30 Uhr, **öffentliche Versammlung verbunden mit Unterbezirkstreffen** der Orte Freienwalde, Oderberg, Eberswalde, Finow, Mariendorf, Steinfurt-Schöpfurt und Kupferhammer. Tagesordnung: „Der Faschismus in Eberswalde und die Politik der KPD. im Finowtal".

Sämtliche Genossen melden sich, soweit sie noch nicht vorständigt sind, beim Gen. Falk, Kupferhammer, Lichterfelderstr. 5.

Groß-Berlin

Achtung, Distriktsversammlungen

am **Freitag, den 5. April!** Es tagen:

2. und 3. Bezirk im Lokal Frenzel, Reinickendorfer Str. 42 (Wedding;

6., 13. und 14. Bezirk im Lokal Schwarzkopf, Fontanestraße 26 (Neukölln);

5., 15. und 17. Bezirk im Lokal Kusche, Marktstr. (Lichtenberg);

7., 8. und 11. Bezirk im Lokal Josefowicz, Galvanistr. (Charlottenburg).

Thema in allen vier Versammlungen: **Bericht von der Reichskonferenz durch die Berliner Delegation.**

•

Kassenrevision am Donnerstag, den 4. April an bekannter Stelle.

•

Ausgeschlossen wegen Streikbruch wurde das Mitglied Alfred Gaenge von der BO. des Betriebs Lorenz.

•

Der 5. Unterbezirk tagt regelmäßig Freitags, abends 8 Uhr, Bromberger Str. 12, Lokal.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: F. Rother, Berlin O 17.
Druck: Druckerei f. Arbeiterliteratur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen) Für Erwerbslose 5 Pfennig

April 1929

Jahrgang 10, Nr. 14/15 — Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13 — Preis 15 Pfennig

An das internationale Proletariat!

Klassengenossen!

In allen Ländern, wo die kapitalistische Produktionsweise das herrschende Prinzip darstellt, hat die industrielle Entfaltung des Kapitalismus im großen und ganzen einheitliche Existenzbedingungen für die arbeitenden Klassen geschaffen. Die monopolistische Entwicklung, die die national verankerten frühkapitalistischen Kleinbetrieb in den reißenden Strudel des weltmarktpolitischen Konkurrenzkampfes stößt, hat mit ihrer fortschreitenden internationalen Vertrustung der modernen Großindustrie die Klassengegensätze so vereinfacht, daß in den hochentwickelten Ländern nur noch Bourgeoisie und Proletariat die historisch ausschlaggebenden Klassen sind!

Damit ist aber die kapitalistische Durchdringung der Welt durchaus noch nicht vollendet. Der Imperialismus kennt auf seinem Eroberungszuge kein Halt, — er durchbricht in Asien, Afrika und Südamerika immer aufs neue mittelalterliche Schranken, um diese in kleinbürgerlichen Produktionsverhältnissen lebenden Gesellschaftsschichten ebenso wie die Arbeitermassen der kapitalistischen Mutterländer unter das Joch moderner Ausbeutungsmonopole zu beugen. Die industrielle Massenproduktion der Warenwirtschaft ist das gewaltige Geschütz, mit dem die moderne Bourgeoisie alle chinesischen Mauern vorkapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse sturmreif macht für den Monopolkapitalismus.

Auf dem europäischen und nordamerikanischen Kontinent ist der Kampf um die kapitalistische Monopolherrschaft schon zugunsten der industriellen Bourgeoisie entschieden — und damit auch Weg und Ziel des Befreiungskampfes der arbeitenden Klassen! **Der Bergarbeiter in USA., der Textilsklave in England, der Chemieprolet in Deutschland, der Maschinenarbeiter in Frankreich, der Fabriksklave in der Tschechoslowakei, der Kommunalarbeiter in Oesterreich — sie und alle übrigen Gruppen des modernen Lohnsklaventums leben im gleichen sozialen Verhältnis! Sie alle, ohne Unterschied des Berufs und Geschlechts, gehören zur großen Klasse der Ausgebeuteten, die weiter nichts besitzen als ihre physische und geistige Arbeitskraft,** die zudem durch die technische Entwicklung noch ständig im Werte sinkt! Sie alle können nur ein äußerst bescheidenes Dasein fristen, wenn sie ihre Arbeitskraft einem Kapitalkönig stück- oder zeitweise verkaufen können, und sie sind teils sofort auf Hungerration gesetzt, wenn „ihr Brotherr" infolge Absatzmangels die Produktion einschränkt oder durch Rationalisierung der Ausbeutung die Belegschaft verringert.

Alle Wirtschaftskrisen, die sich aus dem wahnsinnigen Konkurrenzkampf der Kapitalskonzerne untereinander um Profitanteile am Weltmarkt zwangsläufig ergeben, fühlt der Industriearbeiter in Europa wie in Amerika als gesteigerten Druck der Ausbeutung oder gar als würgende Geißel der Erwerbslosigkeit. Und wenn infolge technischen Vorsprunges die Bergwerke der USA. der Kohlenwirtschaft Englands oder Deutschlands an Konkurrenzfähigkeit überlegen sind und dadurch in Europa hunderttausende Grubensklaven aufs Pflaster fliegen, dann darf kein nationaler Haßgesang die Kohlengräber jenseits des Atlantik treffen, sondern die Kampfansage der proletarischen Opfer solcher Wirtschaftsanarchie muß an die Adresse der **Kapitalisten** hüben wie drüben gehen. **Denn die Ausbeutung der modernen Proletarier ist eine internationale und deshalb muß auch der Kampf der Ausgebeuteten gegen den Kapitalismus internationalen Charakter tragen!**

Industriearbeiter Europas und Amerikas!

Ihr tragt auf euren Schultern die Zukunft der menschlichen Gesellschaft; auf euch ruht die große Verantwortung für den Gang der Weltgeschichte. Ob Millionen ausrationalisierte Proletarier im Elend der Dauerarbeitslosigkeit dahinsiechen, ob ein neuer Weltkrieg mit seinem lähmenden Schrecken des organisierten Giftgasmordens kommt, ob überhaupt die Gesellschaft in Barbarei versinkt: — das hängt in erster Linie von euch ab; von eurer Initiative, als Klasse mit revolutionärer Gewalt in das Rad der Geschichte einzugreifen! Die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts allein beweisen zur Genüge, daß der Kapitalismus in jener Periode sich befindet, wo seine weitere Existenz die Lebensmöglichkeiten der proletarischen Klassen systematisch zerstört. Alle wirtschaftlichen Aufbauversuche der internationalen Bourgeoisie gehen nur auf Kosten der internationalen Arbeiterschaft vor sich und können doch keinen neuen geschichtlichen Aufstieg der kapitalistischen Gesellschaft herbeiführen, weil der Rahmen des Kapitalismus von den riesig entwickelten Produktivkräften immer wieder selbst gesprengt wird. Aber diese Krisenphase bedeutet an sich noch nicht ein automatisches Absterben des Kapitalismus: vielmehr ist es gerade die ureigenste Aufgabe der ausgebeuteten Klassen, dem kapitalistischen Moloch den verdienten Todesstoß zu versetzen.

Angesichts dessen, daß heute mehr als je die historische Losung **„Kapitalismus oder Kommunismus"** gilt, ruft die 9. Reichskonferenz der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands das internationale Proletariat zur revolutionären Konzentration seiner Klassenkräfte auf. Diese Sammlung der Arbeitermassen in revolutionärer Front ist um so notwendiger, da in allen Industrieländern die reformistischen Gewerkschaften zur Schutzwehr der Bourgeoisie geworden sind. In Europa wie in Amerika stehen die Proletarier vor der Frage, den Klassenkampf um ihre tägliche Existenz und um eine sozialistische Gesellschaft **gegen die kapitalistisch-gewerkschaftliche Einheitsfront** zu führen. Und vor allem der Massenkampf gegen das System des monopolistischen Kapitalismus erfordert eine revolutionäre Organisierung der Arbeiter, da die gewerkschaftlichen Zunftverbände untauglche Waffen für diesen modernen Klassenkampf sind.

Die 9. Reichskonferenz der AAUD. appelliert deshalb an die Proletarier aller Länder, diese **revolutionäre Klassenfront** endlich zu schaffen. Die Arbeitermassen der USA. müssen sich um die IWW. scharen, um diese Organisation zu jenem gewaltigen Hammer zu machen, der den Dollarkapitalismus in Stücke schlagen kann! Die europäischen Proletarier müssen dem Beispiel jener tschechischen Klassengenossen folgen, die aus der konterrevolutionären Gewerkschaftspolitik und aus dem jämmerlichen Bankrott der Moskauer Zellentaktik die einzig mögliche Lehre gezogen haben: nämlich den Zusammenschluß der Arbeiter als Klasse in Betriebsorganisationen, die in einer Union zur revolutionären Einheit verschmolzen sind! **In allen Staaten Europas gilt es den reformistischen Arbeiterleutnants die Gefolgschaft zu kündigen und revolutionäre Unionen zu schaffen, die im Bunde mit der IWW. die Internationale des proletarischen Klassenkampfes und der Arbeitersolidarität errichten gegen die Internationale der Kapitalisten und deren gewerkschaftliche Helfershelfer!**

Proletarier Deutschlands!

An euch ergeht der Ruf zur revolutionären Formierung in erster Linie. Hierzulande ist die sozialfaschistische Rolle der „freien" Gewerkschaften so unverhüllt und die Pleite der Moskauer Zellenbauer so offensichtlich, daß die revolutionäre Organisierung des Klassenkampfes ein Gebot der Stunde ist. Imperialistischer Massenmord, Bürgerkrieg, Inflation und Rationalisierungselend haben die Klassengegensätze so auf die Spitze getrieben, daß nur noch der revolutionäre Massenkampf gegen die bürgerliche Gesellschaft aus der kapitalistischen Hölle herausführt. Eure Aufgabe ist es deshalb besonders, den konterrevolutionären Weg des Gewerkschaftsreformismus zu verlassen und die Bahn des revolutionären Selbsthandelns zu beschreiten. Darum schafft Betriebsorganisationen, um so die AAU. zum Hebel der sozialen Revolution zu schmieden! — Und auch an die übrigen Gruppen der Unionsbewegung appelliert die 9. Reichskonferenz der AAU., endlich jede Organisationsspielerei aufzugeben. Denn die Losung des Tages heißt: **Vorwärts zur revolutionären Klassenfront des in den Betriebsorganisationen der AAU. vereinigten Proletariats!**

Der kommende Ruhrkampf

Nichts zeigt deutlicher den gestörten Kreislauf der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, als der erneute Vorstoß der Zechenbarone mit der Kündigung sämtlicher Tarife im Ruhrgebiet. Nach Ansicht der Zechenbarone geht es bei der augenblicklichen Kündigung nicht so sehr um Arbeitszeit und Lohn, als um die Behauptung der Ruhrkohle auf dem Weltmarkt. Der Kohlenmarkt ist mit billiger englischer Kohle überfüllt. Auf Koste der Ruhrkumpels soll die Kohle verbilligt werden, das kann nur durchgeführt werden durch verschärfte Ausbeutung, durch Verkürzung der Arbeitszeit und Verringerung des Lohnes.

Zum 1. Mai läuft nämlich der Lohntarif, zum 30. Juni das Arbeitszeitabkommen ab. Die Kohlenbarone denken nicht im geringsten daran, eine Lohnerhöhung oder eine Verkürzung der Arbeitszeit zu gewähren. Auf Grund der wachsenden Empörung innerhalb der Ruhrkumpels versuchen sie, die von ihnen beabsichtigten Entscheidungen gut vorzubereiten. Am 13. April soll bereits der Kuhhandel beginnen. Bis heute haben die Gewerkschaften (Husemann und Konsorten) noch keine Forderungen bekanntgegeben, die sie den Kohlenbaronen unterbreiten wollen.

Die „Bergbau-Industrie" sagte in der Besprechung des Bergarbeiterschutzgesetzes: „Unsere Aufgabe muß es sein, alle Kräfte in der Organisation zur Verankerung der Siebenstundenschicht für die Untertagearbeiter zu mobilisieren." Wie sieht es mit der Mobilisierung in Wirklichkeit aus? Ihre Aufgabe bestand bis jetzt immer darin, getreu ihrer Bargfriedenspolitik, die Bergarbeiter an den Schiedsspruchfaschismus zu ketten. Diese elende Rolle werden sie so lange spielen, bis die Ruhrarbeiterschaft erkennt, daß es im Zeitalter des Monopolkapitalismus ein Unding ist, mit Zunftgewerkschaften gegen die einheitliche Bourgeoisie zu Felde zu ziehen, und die alten Waffen, die Gewerkschaften auf dem Misthaufen der Vergangenheit verenden läßt. Die Vergangenheit hat bewiesen, daß dieselben treue Stützen des Kapitalismus sind. Diese Bollwerke der Konterrevolution zu revolutionieren, wie es die KPD. vorgibt, würde bedeuten, den kapitalistischen Staat zu erobern, was nach der Lehre des Altmeisters Karl Marx eine Utopie ist. Gerade mit der Eroberungstaktik hier im Ruhrgebiet hat die KPD. elendig Schiffbruch erlitten, das zeigen die Massenausschlüsse aus den Gewerkschaften.

Die Arbeitszeit beträgt im Ruhrbergbau 8 Stunden unter Tage und 9 Stunden über Tage. Der Bauerlohn beträgt ungefähr 8 bis 9 Mark pro Schicht. Fest steht, daß der Bergmann unter den größten Gefahren zu arbeiten und dauernd den Tod vor Augen hat, dazu kommt noch die Auswirkung der Rationalisierung, die verschärfte Ausbeutung des Kumpels bis zum Weißbluten. Die Arbeit des Bergkumpels ist zu bezeichnen als die eines modernen Galeerensträflings. Auch die Forderungen der KPD., 7-Stundenschicht und 1,— Mk. Lohnerhöhung, sind für die heutigen Verhältnisse ungenügend. Wir fordern 6-Stundenschicht und einen Lohn, wo sich der Bergkumpel mit seiner Familie sattessen kann. „Wählt Kampfleitungen", schreibt die KPD. Der letzte Metallarbeiterkampf im Ruhrgebiet hat gezeigt, daß dieselben nur auf dem Papier standen, daß sie benutzt werden, um den Parteikarren der KPD. aus dem Dreck zu ziehen. Und wie sieht es aus mit den „roten Betriebsräten"? Sie werden wie jeder reformistische Betriebsrat zum 1. Mai den Betrieb auf Grund des § 66 des Betriebsrätegesetzes „vor Erschütterungen bewahren". Die Vergangenheit der gesetzlichen Betriebsrätebewegung hat das zur Genüge bewiesen.

Was ist nun zu tun? — Die Ruhrarbeiterschaft muß zu der Erkenntnis kommen, daß sie nicht kämpfen kann gegen